Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

05.10.1931 (Nr. 120)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfg.

BNZ

Montag, 5. Oktober 1931 Nr. 120

Höhepunkt der englischen Krise

Herabsetzung der Golddeckung

Fällt Curtius?

Löbe verrät Oesterreich

Morgen spricht Schemm

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 26 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktagu kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gesp. Nonp.-Zeile RM 0,25, auswärts RM 0.30, im Textteil die 5gespaltene Textzeile RM 1.— auswärts RM 1.25. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen RM 0.10 Kleine Anzeigen RM 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit

Bremen ein Spielball der Banken und Börsen

Das Prüfungsergebnis der Staatsfinanzen: Ein parlamentarischer Bericht und seine Hintergründe. — Wohin steuert die Volkspartei?

Bremen ist enttäuscht

Nach achtwöchentlicher Arbeit hat der Ausschuß zur Prüfung der Verhältnisse der Staatshauptkasse seinen Bericht nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben.

Die Pressenotverordnung und ihre vielfache Auslegungsmöglichkeit hindert uns daran, zu diesem Bericht und seinem Zustandekommen alles das zu sagen, was eigentlich notwendig wäre. Wir haben aber keine Lust uns vom politischen Kampf ausschalten zu lassen und so müssen wir unsere Leser bitten, auch zwischen den Zeilen zu lesen.

Der Bericht wird für die bremische Bevölkerung eine schwere Enttäuschung sein. Er ist ein typischer parlamentarischer Kompromiß trotz einiger Einschränkungen, er ist ein Urteil über eine Reihe von Angeklagten, die selbst über sich zu Gericht saßen und für sich neben reichlich viel mildernden Umständen auch no chdas Recht in Anspruch nehmen, ihr eigenes Wohl und Ansehen mit dem des Staates gleich zu setzen. Schon hier müssen wir mit aller Entschiedenheit abrücken und darauf hinweisen, daß unsere Angriffe nicht dem guten Ruf der Hansestadt Bremen — soweit ein solcher noch vorhanden ist — sondern den verantwortlichen Männer des Senats gelten, die für uns keineswegs identisch mit dem Staate ist. Gleich auf der ersten Seite bringt der Bericht, den wir im übrigen in großer Ausführlichkeit im Innern des Blattes wiedergeben, zwei inhaltsschwere Sätze, die jeder Leser sich beim Studium des Berichtes deutlich vor Augen halten muß und die auf Verlangen unseres nationalsozialistischen Mitgliedes im Prüfungsausschuß im letzten Augenblick in den Bericht aufgenommen wurden. Beide Sätze besagen im wesentlichen, daß das vorgelegte Zahlenmaterial in seiner Richtigkeit und Vollständigkeit nicht geprüft werden konnte und daß darum der Ausschuß eine Verantwortung für das Material nicht übernehmen könne. Damit ist die Grundlage dieses Berichtes bereits auf der 1. Seite angezweifelt und es wird auch nicht gelingen, uns davon zu überzeugen, daß alle finanziellen Transaktionen in ihren wahren Zusammenhängen aufgedeckt und gerechtfertigt seien. Der Staatskasse wird zwar bescheinigt, daß ihre Buchführung zum Teil unzureichend gewesen sei und es ist ja auch eine bekannte Tatsache, daß ein großer Teil der Unterlagen sich auf einfachen Notizzetteln vorfand, deren Ausstellungsdatum und Richtigkeit nicht nachgeprüft werden konnte, aber der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß strafbare Handlungen nicht vorliegen und Geheimkonten nicht bestanden haben.

Es wird dann in großer Ausführlichkeit das bremische Staatsvermögen und die bremische Verschuldung besprochen und im Zusammenhang hiermit kommen alle die Dinge zu Tage, die von uns bereits auf- und angeriffen wurden. Es wird hier noch im einzelnen über das Kapital Hansabank, Straßenbahn, Danatbank, Nordwolle, Schröderbank zu sprechen sein, umsomehr, als der Bericht in seinem Bestreben ausgleichend zu wirken, eine ganze Reihe von beachtlichen Tatsachen nicht bringt. Tatsachen, die dazu geeignet sind, einen Eindruck von dem Einfluß der Banken und Großindustriellen auf den Staat zu gewinnen. Bei genauerem Studium der Unterlagen erkennt man, daß der Jude Jakob Goldschmidt, der Bankherr Schröder und noch so manche andere Persönlichkeit den Staat ausgenutzt und für Privatgeschäfte mißbraucht haben. Subventionspläne der bremischen Regierung, die in ihrer Absicht und Anlage vielleicht gut gemeit waren, wurden zu internationalen Spekulationsobjekten, an denen Privatfirmen und Banken ihren Gewinn hatten und der Staat schließlich lediglich als haftender oder zahlender Teil zurückblieb.

Nachdem der Staat und seine verantwortlichen Männer sich auf dieses Spiel in Börsen und Banken eingelassen hatten, war es ihm nicht mehr möglich, rechtzeitigen Absprung zu finden und so stellen wir als zweite erschütternde Tatsache fest, daß Bremen sehenden Auges in diesem Frühjahr sich in schwerste Verlustgeschäfte stürzen mußte, eben weil der Staat in geschäftlichen Dingen nicht mehr souverän und Herr seiner selbst war. Herr Senator Bömers hat gewußt, daß die Nordwolle einer katastrophalen Entwicklung entgegenging und er setzte sich trotzdem dafür ein, daß über die Hansabank noch 10 Millionen Kapital der bremischen Allgemeinheit diesem Unternehmen nachgeworfen wurde mit dem überraschenden Ergebnis, daß sich Jakob Goldschmidt an diesen 10 Millionen bereicherte, die er vorher durch eine geschickte Kampagne von Bömers und Wenhold erpreßt hatte.

Senator Bömers hat weiterhin 25 Millionen bremischen Staatsgeldes auf der Schröderbank stehen lassen, obwohl er wußte, welchen Kurs diese Bank steuerte.

Aber nicht nur in diesen beiden Fällen finden

Eine Rede Dingeldeys

Wohin steuert die Volkspartei?

Schleswig, 5. Oktober. Sonntag nachmittag sprach der Führer der Deutschen Volkspartei anläßlich des Provinzial-Parteitages auf einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Schleswig. Dingelden führte dabei u. a. aus: Das Schicksal des deutschen Volkes könne nicht von heute auf morgen gebannt werden. Aber trotz aller anfänglich guten Ansätze habe die Regierung Brüning den Fehler begangen, **hinter der Entwicklung herzulaufen.**

Es sei heute in Deutschland so, daß vom deutschen Volkseinkommen nahezu 60 v. H. in irgendwelcher Form durch die öffentliche Hand laufe. Man müsse unbedingt zu einer Senkung der Produktionskosten kommen. Deutschland könne den Weg, den England eingeschlagen habe, nicht gehen und müsse unbedingt den Goldkurs der Mark aufrecht erhalten. Eine Binnenwährung sei abzulehnen, da sie nach kurzer Zeit eine zweite Inflation im Gefolge haben müßte. Das deutsche Volk könne mit dem französischen nur auf dem Boden einig werden, den es dem nationalen Ehrgefühl und Zurückerhaltung seiner Ehre und Freiheit schuldig sei. Nur auf diesem Boden könne der Weg zur Verständigung gefunden werden. In Kreisen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei rechne man es sich als Verdienst an, proletarische Programmpunkte auf die Fahne geschrieben zu haben. Die Geschichte werde ein nationalsozialistisches Verdienst nur dann würdigen, wenn es sich zeige, daß die Führer dieser Bewegung große Massen aus den sozialistischen Wahnideen herausgeholt hätten. **Ein Zusammengehen mit der Rechten in einer etwaigen neuen Regierungskoalition werde er nicht ablehnen, da jede gebotene Hand zu positiver Mitarbeit und zur Rettung des Vaterlandes ergriffen werden müsse.** Aber auf einen Blankowechsel könne er sich nicht einlassen. Zunächst müsse die politische Demaskierung erfolgen und das gemeinsam zu erkämpfende Ziel fest umrissen werden.

Die Reichstagsfraktion tagt

Wie dem Preußischen Pressedienst der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mitgeteilt wird, wurde in der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung, zu der der Vorstand der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion vollzählig erschienen war, das Verhalten der Reichstagsfraktion nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages gegenüber der Regierung und dem Parlament ausgiebig erörtert. Einmütig wurde einem geplanten **gemeinsamen Vorgehen der nationalen Opposition,** d. h. der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der drei ausgeschiedenen Abgeordneten der Landvolkpartei, zugestimmt.

Wir Nationalsozialisten werden nicht gemeinsame, aber doch gleichlautende Anträge im Parlament einbringen, die sich sowohl auf die gesamtpolitische Lage und unsere Stellungnahme zur Regierung beziehen.

Zunächst soll nur ein Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett gestellt werden. Von einem Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius wird Abstand genommen, weil offenbar Dr. Curtius nach den Richtlinien gehandelt hat, für die der Reichskanzler Brüning selbst die Verantwortung zu tragen hätte.

Wenn der Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett abgelehnt wird, so werden wir Nationalsozialisten **für den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Dr. Curtius stimmen.**

Am Tage des Zusammentritts des Reichstages wird die Reichstagsfraktion sich schon vormittags versammeln.

Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der nationalen Rechten war Gegenstand der Fraktionsvorstandsbesprechung. Nach diesem Plan werden nicht nur parlamentarische Vertretungen, also die der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und die drei aus der Landvolkfraktion ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten dieser Arbeitsgemeinschaft angehören, sondern **auch außerhalb des Parlaments stehende nationale Verbände.** Ueber die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft werden noch Besprechungen stattfinden.

In Konsequenz der im Frühjahr gegebenen Erklärung gehen wir Nationalsozialisten am 13. Oktober **nur in den Reichstag, um die Regierung zu stürzen** und werden uns nicht zu regelmäßiger Tätigkeit verleiten lassen, ebenso wenig werden wir Nationalsozialisten uns an den Arbeiten in den Ausschüssen betätigen. Erst wenn der Sturz der Regierung gelungen und dadurch eine neue Situation geschaffen ist, werden wir unsere Stellungnahme zur Reichstagsarbeit erneut festlegen.

wir diese verhängnisvolle Zwangsläufigkeit bremischen Finanzwirtschaft und wir werden, wie schon gesagt, hier noch im einzelnen manchen Vorgang erläutern müssen, weil der Bericht der Prüfungskommission nur mit einigen freundlichen Worten darüber hinweggeht, oder garnichts erwähnt.

Ein wichtiges Bekenntnis jedoch finden wir in ihm, das nunmehr auch den letzten Zweifler beweist wie sehr die SPD. und ihre Verräter im Senat mit diesem borjengrunderischen Finanzsystem auf Gedeih und Verderb vertuppelt waren. Es heißt in dem Bericht ausdrücklich, daß alle Mitglieder der Finanzkommission, auch die Marxisten regelmäßig Aufstellungen über den jeweiligen Stand der Effekten und der Bewegung auf dem Effektenkonto erhalten haben. Es heißt dann weiter:

„Da von den Mitgliedern der Finanzkommission (also von der SPD.) Bedenken nicht erhoben wurden, durfte ihr Einverständnis mit dem geübten Verfahren angenommen werden."

Nun mag der Schwätzer Faust, der Mann aus der geborstenen SPD., sich hinstellen und mit mephistophelischen Engelszungen über die Unschuld seiner Genossen reden, glauben kann es ihm keiner. Der Senat als Ganzes ist verantwortlich für all das Ungeheuerliche, was geschehen ist, von dem nur ein schwacher Abglanz in dem Bericht zu finden ist, und wir meinen, daß es für den Senat keinen günstigeren Augenblick gibt, von der politischen Bühne abzutreten, als jetzt, Es bleibt ja auch den anderen Senatoren überlassen, wieder unter das Fußvolk zu gehen und im Konventsaal der Bürgerschaft ihr Recht zu verteidigen, aber wenn alle die schönen Worte wahr werden sollen, mit denen der Bericht schließt, dann ist es unbedingt notwendig, daß in dem Senatsgestühl im Rathaussaal neue Männer Platz nehmen. Das allein muß das Ergebnis des Prüfungsausschusses und seiner Arbeit sein.

=art.

Fällt Curtius?

Berlin, 3. Oktober. Das Reichskabinett setzte am Sonnabend nachmittag die Beratung der geplanten Notverordnung fort. Der Abschluß der Aussprache über Genf wurde hingegen auf heute vormittag verschoben. Eine Entscheidung über das Verbleiben des Reichsaußenministers Curtius ist somit am Sonnabend noch nicht gefallen.

Lage der Reichsbank beunruhigend

Höchst besorgte Berichte der Pariser Presse aus Berlin.

Paris, 3. Oktober. Die gesamte Pariser Frühpresse veröffentlicht Berichte über die Lage der Reichsbank, die als **außerordentlich beunruhigend** dargestellt wird. Dringende Maßnahmen seien erforderlich, um einer Inflation vorzubeugen. Besonders sei eine strenge Ueberwachung des Devisenhandels erforderlich.

Diese Auslassungen der Pariser Presse stützen sich in erster Linie au fden veröffentlichten Reichsbankausweis, der das **Absinken der Golddeckung für den deutschen Reichsmarkumlauf auf 31,1 Prozent** bekanntgab. Dazu kommt die allerdings über den Quartalsultimo-Bedarf nicht übermäßig gesteigerten Zahlungsmittelvermehrungen, welche ebenso durch den Reichsbankausweis bekannt wurden.

Herabsetzung der Golddeckung

Berlin, 3. Oktober. Der Generaldirektor der B. J. Z., Quesnay, hat einen Vorschlag zu einer **allgemeinen Herabsetzung der Golddeckung des Notenumlaufs der Zentralbanken** ausgearbeitet, der voraussichtlich in der bevorstehenden Verwaltungsratssitzung der B. J. Z. am 12. Oktober zur Sprache gebracht werden wird. Das Projekt, über das genaue Einzelheiten noch nicht bekannt geworden sind, soll vorsehen, daß die Währungseinheiten im Vergleich zum Goldstandard im Werte herabgesetzt werden. Das hieße z. B. für Deutschland, daß die Relation Feingold zu Reichsmark, die zurzeit ein Pfund Feingold gleich 1390 Mark entspricht, auf 1600 bis 1700 Reichsmark erhöht würde. Durch diese Herabsetzung der Golddeckung wäre eine Vergrößerung des Geldumlaufs möglich, ohne daß der Goldmangel einzelner Notenbanken dem entgegenstünde.

Englands Schornsteine rauchen

Und die deutsche Wirtschaft stirbt.

London, 3. Oktober. Daily Telegraph bringt eine Zusammenfassung über die Besserung der britischen Industrien nach dem Fallenlassen des Goldstandarts in England. Besonders günstig macht sich bisher die Entwertung des Pfundes im **Schiffahrtsgeschäft** dem **Maschinenbau** und **Kohlenbergbau,** sowie der Woll- Kunstseide und Holzindustrie bemerkbar. Diese Wiederbelebung habe einen besonders günstigen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit ausgeübt. Sie ist z. B. im nordwestlichen Industriebezirk von etwa 21 000 auf 13 500 in den letzten vierzehn Tagen zurückgegangen. Im Gebiet von Lancashire haben sich die Geschäfte nicht nur in der dort vorherrschenden Baumwollindustrie, wesentlich gebessert, sondern den besten Stand seit drei Jahren erreicht. Sogar chinesische Bestellungen sind zum erstenmal seit drei Jahren wieder eingelaufen.

Sozialistische Arbeiterpartei gegründet

Parteivorsitzende Seydewitz, Dr. Rosenfeld und Ströbel.

Berlin, 4. Oktober. Am Sonntag wurde in der nach Berlin einberufenen Reichskonferenz, an der 88 Vertreter aus dem Reich, darunter **gewählte Vertreter aus 25 (von insgesamt 32) Bezirken** der Sozialdemokratischen Partei und eine Reihe von Gästen teilnahmen, die „Sozialistische Arbeiterpartei" gegründet. Zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden wurden gewählt: die Abgeordneten Seydewitz, Dr. Rosenfeld und Ströbel, außerdem in den Parteivorstand Abgeordneter Portune, Dr. Eckstein-Breslau, Zweilingen-Plauen und Frau Duehy. Zu der Gründungstagung hatten die unabhängige Arbeiterpartei Englands und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Ledebour Begrüßungsschreiben gesandt. Ledebour hat seinen und seiner Freunde Anschluß an die neue Partei in sichere Aussicht gestellt. Nach einer Rede von Seydewitz, der über die nächsten Aufgaben der neuen Partei sprach, erläuterte Dr. Eckstein-Breslau die Satzungen der neuen Partei. Einstimmige Annahme fand ein Aktionsprogramm, **das eine scharfe Abgrenzung der neuen Partei gegenüber der SPD. und der KPD. enthält.**

Die Reichstagsfraktion beschloß ferner, ein Manifest zu erlassen, in dem es u. a. heißt: „Die Sozialistische Arbeiterpartei ist gegründet. Delegierte aus allen Teilen des Reiches sind am Sonntag in Berlin zusammengekommen, um zu verhindern, daß die vom **Parteivorstand der SPD. durchgeführte Spaltung der Massen** wertvollster proletarischer Kämpfer in den Sumpf des Indifferentismus treibt. Auf der einen Seite sehen wir heute die **Kapitulation der Sozialdemokratie vor den kapitalistischen Klassenstaat,** auf der anderen Seite die kommunistische Revolutionsspielerei, die die Massen von einer Enttäuschung in die andere treibt. Die Sozialistische Arbeiterpartei steht im schärfsten Gegensatz zum bürgerlichen Klassenstaat und sieht die Vorbedingungen zum Sturze der kapitalistischen Klassenherrschaft in der Anknüpfung an die Tagesnot und der Zusammenfassung der vereinzelten proletarischen Kämpfer zur marxistisch geführten Aktion der ganzen Klasse. Hinter ihr stehen die sozialistische Jugend und die Zehntausende schwererprobter Kämpfer und Funktionäre. Alle sie werden aufgerufen, der Partei zu folgen."

*

Damit ist die Spaltung der SPD. vollzogen. Da wir es nicht wie die SPD. nötig haben, Erfolge zu übertreiben oder dem Gegner ständig, jahrelang „zerfallen", abebben", und „zersplittern"" zu sehen, so halten wir es auch in diesem Fall für richtig, die politische Bedeutung der Spaltung sachlich zu beurteilen. „Mit dem Entschluß, zu sagen, was ist, beginnt alle große Politik und hebt damit an", schrieb Ferdinand Lassalle, den die heutige SPD. allerdings längst vergessen hat. Die Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von der SPD. wurde während des Krieges von den absolut verantwortungslosen jüdischen Agitatoren vollzogen, denen der Krieg eine Gelegenheit zur Verwirrung und Vernichtung des deutschen Volkes war. Der Dolchstoß der Novemberverbrecher in den Rücken der deutschen Front wurde, von den Führern der Sozialdemokratie, was der Munitionsstreikprozeß bewiesen hat, aber noch mehr von der gesamten Organisation der Unabhängigen geführt. Auch die neue „Sozialistische Arbeiterpartei" hat bisher nicht eine einzige neue Idee an den Anfang ihrer Arbeit gestellt. Die Befreiung des arbeitenden Volkes ist ihr nicht nur völlig gleichgültig, sondern durchaus unerwünscht. Unter einer ewig unzufriedenen, niedergehaltenen Masse ewig blinde Anhänger zu werben, das ist das Ziel der Eitelkeit für diesen Eckstein, Seydewitz und Rosenfeld. Man kann die Beweggründe für die Taten der Ostjuden und der Juden überhaupt garnicht privat genug deuten. Die Eitelkeit von Menschen, die ihrer Minderwertigkeit sich bewußt sind; die Hemmungslosigkeit des unsauberen Ehrgeizes, der keine Disziplin kennt, ist ein zureichender Erklärungsgrund für die Handlungen dieser „Führer". Daß außerdem die SPD. tatsächlich sich selbst und ihre Anhänger mit Schwung an den Kapitalismus und an die Diktatur Brünings verraten hat, ist nur der günstige äußere Anlaß zur Spaltung, ist auch der Grund für die wahrscheinlich sehr erhebliche Gefolgschaft der neuen Partei. Wenn Männer, wie August Winnig heute diese Spaltung vollzogen hätten, dann wäre sie von geschichtlicher Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung gewesen. Aber wo gibt es heute noch selbständig denkende Männer in der SPD.? Was hier vor sich geht, ist im wesentlichen ein interner Synagogenkrach. Es ist das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung, daß hinter jedem jüdischen Redetalent etliche Tausend „sozialistische" Arbeiter herlaufen. So wird aus dem Sozialismus nichts in Deutschland!

Zahlreiche Anfragen für Kunstseide und Baumwolle liegen aus Deutschland vor. Infolge der schnell abnehmenden Vorräte sind die Unternehmer in die Lage versetzt, Erwerbslose wieder einzustellen, die schon monatelang ohne Arbeit waren. Ein Großhändler erklärte einem Vertreter des genannten Blattes, daß sein Werk sogar in Schweden, wo auch der Goldstandard vor einigen Tagen außer Kraft gesetzt ist, langsam aber sicher die gefürchtete deutsche Konkurrenz verdränge. Die Anzahl der in den Schiffswerften im Tyne aufgestellten Frachtdampfer hat sich in der letzten Woche von 173 auf 140 verringert. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß das Kohlengeschäft nach den Goldstandardländern einen weiteren Aufschwung erfahren wird. Die Frachtsätze nach der Ostsee haben bereits eine Steigerung von drei Schilling je Tonne erfahren, sind jedoch in den letzten Tagen wieder etwas zurückgegangen. Die Weißblechfabriken von Süd-Wales haben ihren Betrieb wieder aufgenommen, womit wiederum erhöhter Kohlenbedarf verbunden ist. Beträchtliche Kaufoders besonders aus Süd-Wales liegen für Wales vor. Im Gegensatz zu diesen für England ermutigenden Meldungen weist das Blatt auf den Antrag des Mülheimer Bergwerksvereins an die deutsche Regierung hin, in Anbetracht der billigen britischen Konkurrenz seine Gruben schließen zu dürfen.

Rücktritt des Hamburgischen Senats

Hamburg, 4. Oktober. Die Staatliche Pressestelle teilt mit: „Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, in seiner Gesamtheit zurückzutreten und nach Artikel 37 der Verfassung die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Senats weiterzuführen. Der Rücktritt des Senats ist dem Präsidenten der Bürgerschaft mit dem Ersuchen mitgeteilt worden, gemäß Artikel 35 der Verfassung die Vorbereitung für die Wahl eines neuen Senats einleiten zu wollen.". Nach einer weiteren Mitteilung der gleichen Stelle hat der Präsident der Bürgerschaftssitzung am 21. Okt. d. Js. der Bürgerschaft vorzuliegen und zu empfehlen, die Wahl des Vorbereitungsausschusses gemäß Artikel 35 der Verfassung der neuen Bürgerschaft zu überlassen. Wie von informierter Seite weiter verlautet, ist der Rücktritt eine Folge des Wahlergebnisses vom 27. September. Durch das Wahlergebnis war die **Koalition an sich erschüttert und gleichzeitig auch die Position des bisherigen Senats.** Man hatte jedoch gehofft, durch „geschickte" Unterhandlungen mit den Parteien eine Basis für den bisherigen Senat schaffen zu können. Diese Versuche sind mißlungen.

„Staatsfeindliche" Staatsgetreue

Wie die Hamburger Schupo wählte!

Hamburg, 3. Oktober. Die Sozis haben für die nächsten vier Wochen Trauer angesetzt, wobei alle Fahnen und zwar die des Reichsbanners und der Internationale auf Halbmast gesetzt wurden. Was diese Herren nicht verdauen können, ist das Ergebnis der Wahlen in den Polizeikasernen:

Z. B. wurde wie folgt gewählt:

Bundesstraßen-Kaserne Soz. 179, Komm. 61, **Naz. 512,** Versch. 70. Sprinkenhof-Kaserne Soz. 234, Komm. 81, **Naz. 468,** Versch. 110.

Wie man es doch gut mit der Polizei meint. Man hat ihnen den Gummiknüppel verliehen und sie Liebkind geheißen. Man gab ihnen pazifistischen Unterricht zur Verstärkung des Kampfgeistes und nun diese „Nazischweinerei"! — Man sieht, es hilft eben alles nichts mehr!

Wie mag sich Dr. h. c. Karl Severing dabei vorkommen, er der der Polizei sooo große Staatstreue zutraut. Und wie mögen die Preußenwahlen in den preußischen Schupokasernen ausfallen? Vielleicht zimmert man jetzt schon einen großen Lehnstuhl für die Ohnmacht, in die die preußischen Sozialdemokraten fallen werden, wenn sie das Ergebnis der regierungstreuen Beamten sehen.

Am 16. Oktober Amerikareise Lavals

Paris, 3. Oktober. Wie nunmehr amtlich verlautet, wird Ministerpräsident Laval die Besuchsreise nach Amerika am Freitag, 16. Oktober, an Bord des Ozeandampfers „Ile de France" antreten. Während seiner Abwesenheit übernimmt Justizminister Berard vertretungsweise das Ministerpräsidium.

Dr. Frick geht nicht zum Reichskanzler

Durch die ganze Presse geht eine Nachricht, daß Pg. Dr. Frick einen Empfang beim Reichskanzler Brüning erbeten habe, um in Sachen des „Angriff"-Verbots vorstellig zu werden. Wie einem Teil unserer Parteipresse schon telephonisch mitgeteilt wurde, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Dr. Frick denkt nicht daran, eine „Audienz" bei Brüning zu erbitten, schon deshalb nicht, weil er sich von einer solchen Aussprache nicht das geringste verspricht.

Morgen spricht Schemm in einer öffentlichen Massenversammlung im „Casino"

Aus Bremen Stadt und Staat

Bremen im Nachteil!

Gegen die Zusammensetzung des **Hochseefischerei-ausschusses**, insbesondere in Verbindung mit der Benennung des Generaldirektors Wriedt von der „Nordsee" als Vertreter der Verwaltung des Fischereimarktes Bremerhaven haben Bremerhavener Fischerei-Interessenten beim Senat in Bremen Einspruch erhoben. Die „Nordsee" habe, so heißt es in der Eingabe, zum hiesigen Markt keine geschäftlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen, die besondere Aufmerksamkeit erfordere und die Mitgliedschaft im Fischereiausschuß rechtfertigen könnte. Weiterhin wäre zu berücksichtigen, daß der Absatz der Produktion der „Nordsee" sich insbesondere auf Cuxhaven, Altona und Wesermünde erstreckte. Die Interessen der „Nordsee" verteilten sich — mit Ausnahme von Bremerhaven — auf alle Fischmärkte. Zahlenmäßig jedoch entfalle das Grundgeschäft auf die Elbe. Des weiteren müsse es verwundern, daß der Hamburger Staat Vertreter für seinen Fischmarkt Cuxhaven und zugleich Hamburg in gleicher Zahl benötige. Hierdurch erhalte die Elbe ein entschiedenes Uebergewicht. Es sei allgemein bekannt, daß die Zusammenlegung der Fischereimärkte Hamburg und Altona nur noch eine Frage der Zeit wäre. Der Hamburger Fischmarkt habe, zumal gegen Altona und Cuxhaven, keinerlei Bedeutung als Anlaufhafen deutscher Fischdampfer. Lediglich ein Schiff, das in Hamburg regelmäßig landet, sei dort noch beheimatet. In Anbetracht dieser Umstände wäre es unerklärlich, daß die Elbehäfen mit 12 Vertretern gegenüber den Weserhäfen mit 8 Vertretern in einem Ausschuß für die Hochseefischerei vertreten sei. Ferner habe der Ausschuß starke Bedenken, daß für die Fischmärkte der Elbe Vertreter benannt wurden, die ausschließlich der Fischwirtschaft angehören, während Bremerhaven und Wesermünde beide den Präses der Handelskammer benannt hätten.

Schemm-Versammlungen. Um Irrtümer zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß die Versammlung am 5. (heute) im kleinen Casinosaal nur für Lehrer und Lehrerinnen ist. — Die öffentliche Massenversammlung mit Pg. Schemm findet Dienstag, 20,30 Uhr, im großen Casinosaal statt.

Kolonial-Ehrenmal. Es wird uns geschrieben: Die Abteilung Bremen der Deutschen Kolonialgesellschaft beabsichtigte, das von ihr auf dem alten Herdentorsfriedhofe errichtete Kolonial-Ehrenmal am 18. Oktober d. J. durch eine mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse schlichte Feier einzuweihen und dadurch der im Verteidigungskampfe um die deutschen Kolonien gefallenen 1500 Helden ehrend zu gedenken. **Da der bremische Senat den von der Deutschen Kolonialgesellschaft gestellten Antrag, für diese Einweihungsfeier das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel aufzuheben, zur Zeit abgelehnt hat, sieht sich die Abteilung Bremen der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht in der Lage, das in Bremen errichtete Denkmal, welches das deutsche Kolonial-Ehrenmal darstellt, in einer seiner Bedeutung entsprechenden würdigen Form an dem gedachten Tage einzuweihen. Die Enthüllung des Ehrenmals muß daher bis auf weiteres verschoben werden.**

St. Petri-Dom. Am Mittwoch, den 7. Oktober, nachm. 4,30 Uhr findet wieder in der „Glocke" in der üblichen Weise ein Frauennachmittag des Pastors Lic. Dr. Weidemann statt. Herr Pastor Weidemann wird einen Vortrag halten. Die Frauen der Gemeinde sind herzlich eingeladen.

Dreihunderttausend Reichsmark! Die Bremer Winterhilfe hat die letzten Tage dazu benutzt, durch die Kammern vertretene selbständige Kreise der Wirtschaft um Unterstützung ihres Hilfswerkes anzusprechen. Sie konnte dabei zu ihrer großen Freude feststellen, daß die bremische Wirtschaft entschlossen ist, der Not des kommenden Winters zu begegnen. Der Wille zum Geben ist also da! Und doch leben die Leiter des Hilfswerks in großer Sorge — dreihunderttausend Reichsmark in gegenwärtiger Zeit der kranken Bremer Wirtschaft abzuzapfen, ist das nicht ein Blutverlust, an dem der Patient zugrunde gehen kann? Kein Zweifel, wer mit offenen Augen in das Wirtschaftsleben hineinblickt, der wird erkennen müssen, wie unendlich schwer es fallen wird, die genannte Summe aufzubringen. Mit einem Almosen ist nämlich nicht geholfen, nur wenn die Vorstände der Verbände und Vereinigungen, die Obermeister der Innungen erreichen, daß alle ihre Mitglieder dem Ernst der Lage entsprechend **sich bis an die letzte Grenze ihres Könnens besteuern,** kann das Ziel erreicht werden. Und **das Ziel muß erreicht werden** – das fordert Bremens Ruf. In der nächsten Woche wird die Bremer Winterhilfe ihren Kreis weiterziehen und bei den Kammern der Arbeitnehmer vorsprechen. Sie hofft und zweifelt nicht, auch dort die gleiche Bereitwilligkeit zu finden.

Polizeibericht. Einbrecher drangen nachts in einen Bootsschuppen an der Schweineweide ein. Nach Aufbrechen einer Fensterlade und Zerbrechen von zwei Fensterscheiben sind sie in den Schuppen eingestiegen. Hier brachen sie einen Schrank und eine Kiste auf und entwendeten ein Marine-Prismenglas, einen Segelnähhandschuh und Segelgarn. — Von einem Grundstück an der Falkenstraße wurde ein zweirädriger Handwagen gestohlen. — In der Nacht zum Sonnabend dieser Woche wurde einem Anwohner auf der Werderhöhe ein 1,20 m langer, dunkelgrün gestrichener Parzellenwagen gestohlen. Die Täter haben ein Vorderrad auf die Hinterachse gesteckt, um so den Wagen transportieren zu können. Personen, die in der fraglichen Nacht den Transport dieses Wagens, der vermutlich über den Deich erfolgt ist, gesehen haben ,wollen sich umgehend im Polizeihause, Zimmer 352, oder bei der nächsten Polizeiwache melden.

Unfälle. Auf dem hiesigen Flugplatz stürzte ein Flugzeug der Fliegerschule Braunschweig ab und wurde schwer beschädigt. Der Führer, ein chinesischer Flugschüler, kam mit unerheblichen Verletzungen davon. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß der Flugschüler den Landeplatz verfehlte und mit Rückenwind zu Boden gehen mußte. Der Unfall ereignete sich vor den Werkstätten der Focke-Wulff-Werke. — Eine Radfahrerin, die an der Ecke Lützower- und Hafenstraße von einem Rollfuhrwerk angefahren worden und vom Rade gestürzt war, zog sich eine erhebliche Kopfverletzung zu, die ihre Ueberführung in die Krankenanstalt erforderlich machte.

Ein Ruderer ertrunken. Am 2. Okt. gegen 13 Uhr ist auf der Weser in der Nähe des Industriehafens ein Ruderboot von dem Motorsegler „Annemarie" gerammt worden. Das Ruderboot ist gekentert und der ca. 40jährige unbekannte Insasse ertrunken. Die Leiche ist bislang noch nicht geborgen. Angaben über die Person des Bootsinhabers werden in jeder Polizeistelle entgegengenommen.

Sparmaßnahmen auf Kosten der öffentlichen Sicherheit? Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, trägt man sich aus Sparsamkeitsgründen mit der Absicht, die Polizeiwache 17 an der Nachtigallstraße aufzuheben. War es schon außerordentlich zu bedauern, daß der Neubau für diese Wache aus Mangel an Mitteln unterbleiben mußte, obgleich die Zustände in den Räumen der Wache allgemein als unhaltbar anerkannt waren, so würde die Bevölkerung des 17. Polizeidistrikts eine gänzliche Aufhebung der Wache auf keinen Fall gutheißen können. In einer Zeit, in der polizeilicher Schutz mehr denn je notwendig ist, und in einem so dicht bevölkerten Stadtteil des Hafengebiets erscheint eine solche angeblich beabsichtigte Maßnahme als ganz unverständlich. Jedenfalls kann erwartet werden, daß die zuständigen Stellen sich einmal zu der Sache äußern. Es darf nichts unversucht bleiben, um die Wache 17 zu erhalten, damit bei den etwa 20 000 Einwohnern des Distrikts kein Gefühl der Unsicherheit aufkommen kann.

„Vela"-Tagung in Bremen. Unter starker Beteiligung aller Ortsgruppen hielt der Gau Nordwestdeutschland der „Vela" (Vereinigung der leitenden Angestellten) in Bremen seine 4. Hanse-Tagung ab. In ihrem Mittelpunkt stand außer der Erledigung interner Organisationsangelegenheiten die Kundgebung zur Wirtschaftskrise. Der Geschäftsführer der „Vela", Dr. Therkorn, setzte sich mit dem Thema „Der leitende Angestellte und die Konzernwirtschaft" auseinander. Das zweite Referat von Dr. Müffelmann beschäftigte sich mit dem Weg aus der Krisis. Die Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Mit dem Gesange des Deutschlandliedes fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Niedersächsische Treibhaussiedlungen veranstalten vom 5. bis 10. Oktober in der Union eine gärtnerische Schulungswoche. Beginn 8,15 Uhr abends. Ziel und Zweck ist die Gründung von Gärtnersiedlungen, die mit denkbar geringen Mitteln aufgebaut, die besten Voraussetzungen für ein gutes Auskommen bieten. Als Vorbild gilt die holländische Wirtschaftsweise. Der Redner des ersten Abends, Bendemann, spricht aus persönlicher Anschauung nach einer mehrwöchigen Studienreise durch die holländischen Gemüseprovinzen. Er wird den gesamten Plan des Aufbaues der Unterkunftsräume wie der Gärtnereien mit Glaskulturen darstellen. Lichtbilder werden den Vortrag ergänzen. Der zweite Abend gilt speziell dem Gemüsebau und bringt als Illustration reiches Bildmaterial. Redner: Stadtgartenmeister Fr. Garbers. Der dritte Abend gilt der Frau und ihrer Mitarbeit oder auch selbständigen Tätigkeit im Gartenbau. Obergärtnerin Frl. Hoxenberg spricht aus einem reichen Schatz persönlicher Erfahrungen. Die beiden letzten Abende gehören der Ackerbauchemie, der wissenschaftlichen Erforschung der Ernährung der Pflanze und ihrer Anwendung in der Praxis. Am letzten Tage, Sonnabend, wird Gelegenheit geboten, nachmittags ab 4 Uhr zur Besprechung, Aufnahme usw. Friedrich-Wilhelmstraße 49. In allen Vorträgen werden Anweisungen gegeben zum Aufbau der Siedlung, Anlage und Benutzung der Fensterbeete, Gewächshäuser usw. Nach den Vorträgen freie Aussprache. Ein fester Kreis von Siedlern ist vorhanden. Ob den Winter über die Schulung fortgesetzt wird, wird die Schulungswoche ergeben. Es besteht die Absicht, mit der Gründung der Siedlung alsbald zu beginnen. Von den Teilnehmern wird von Nichtmitgliedern ein Kostenbeitrag von 2 M. für die ganze Woche oder von 50 Pf. für den einzelnen Abend erhoben. Karten an der Abendkasse.

Körung deutscher Schäferhunde. Die diesjährige Körung deutscher Schäferhunde für den hiesigen Bezirk findet am Sonntag, den 11. Oktober, in Bremen auf dem Uebungsplatz „Weserwehr" der Bremer Ortsgruppe des Vereins für deutsche Schäferhunde (SV) statt. Zur Körung kommen in Frage: 1. alle Hunde im Mindestalter von ca. 2 Jahren, 2. alle bisher noch nicht angekörten Hunde und 3. alle im Herbst 1929 für die Jahre 1930-31 angekörten Hunde. Die im Herbst v. J. für die Jahre 1931-32 angekörten Hunde brauchen diesmal nicht vorgeführt zu werden, sondern kommen erst im Herbst 1932 zur Ankörung. Der Wert der Ankörung ist jetzt allgemein bekannt, was auch in der großen Zahl der auf der diesjährigen Siegerschau am 19./20. 9. in Berlin gemeldeten angekörten Hunde bezw. von aus Körzucht stammenden Hunden zum Ausdruck kam. Die Halter deutscher Schäferhunde werden daher gebeten, von dieser kostenlosen Einrichtung des Vereins für deutsche Schäferhunde (SV) Gebrauch zu machen. Die Zucht mit angekörten Tieren wird mit erheblichen Geldpreisen unterstützt. Gleichzeitig findet am Körtage auf dem Uebungsplatz „Weserwehr" um 9 Uhr auch noch eine Leistungsprüfung und um 14 Uhr eine Jugendveranlagungsprüfung für deutsche Schäferhunde statt. Für die Jugendveranlagungsprüfung werden nur Tiere im Alter von 6—10 Monaten zugelassen. Meldungen sind umgehend zu richten an: 1. für die Körung: an Herrn Adolf Eicke, Bremen, Fleetrade 65, Hansa 445 36, 2. für die Leistungsprüfung und Jugendveranlagungsprüfung: an Herrn Arthur Lüdersen, Bremen, Friesenstraße 31.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Montag geschlossene Vorstellung: Figaros Hochzeit. — Dienstag 20 Uhr Der große Schauspielerfolg der Kameradschaftsehe „Jugend zu zweit". Mittwoch 20 Uhr (34. Ab.-V.) zum 1. Male: Ritter Blaubart. In Anwesenheit des Komponisten E. N. von Reznicek. — Donnerstag 15 Uhr geschlossene Vorstellung für Erwerbslose. 20 Uhr (35. Ab.-V.) zu kleinen Opernpreisen: La Traviata. Freitag 20 Uhr (36. Ab.-V.) der große Verdi-Erfolg: Othello. Sonnabend 20 Uhr, in Anwesenheit des Autors: Jugend zu zweit. — Sonntag 15 Uhr, zu ganz kleinen Preisen: Charleys Tante. 20 Uhr (38. Ab.-V.) Cavalleria rusticana und Der Bajazzo. — Montag geschlossene Vorstellung. — Dienstag: Erstaufführung: Meier Helmbrecht, Schauspiel von Ortner. **Ernst Nikolaus von Reznicek,** der Komponist des „Ritter Blaubart", wird, wie uns das Büro des Stadttheaters soeben mitteilt, am kommenden Mittwoch der Bremer Erstaufführung seiner Oper persönlich beiwohnen.

Aus aller Welt

Pazifist Seger M. d. R. kneift

Wegen öffentlicher Beleidigung der Reichswehr sollte sich vor dem Großen Schöffengericht Berlin Mitte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhard Seger verantworten. Seger hatte am 17. November vorigen Jahres in der Liga für Menschenrechte einen Vortrag gehalten, bei dem er nach den genauen Aufzeichnungen des Obersten a. D. v. Oertzen ohne Einschränkung ausgeführt hat:

daß die Reichswehr diffamiert werden müßte, daß jeder Soldat so zu betrachten sei, als wenn er die Pest in das Land trage, und daß schon jetzt eine Atmosphäre geschaffen werden müßte, die einen **späteren entscheidenden Vorstoß gegen die Reichswehr ermögliche.**

In der gestrigen Verhandlung kniff Herr Seger. Er berief sich auf seine **angeblich reichswehrfreundliche (!) Einstellung** und behauptete, er habe jene Worte nur auf die Kreise angewendet, die sich um die Offiziere Wendt, Ludien und Scheringer gesammelt hätten.

Der sodann vernommene linksradikale Herr Großmann mußte in der Hauptsache die Behauptungen der Anklage bestätigen. Daraufhin regte der Verteidiger des Angeklagten, Landsberg, an, mit dem Reichswehrminister Fühlung zu nehmen, um die Zurücknahme des Strafantrages zu erreichen. Seger würde sich **unter Umständen entschuldigen. . . .**

Das Gericht beschloß, noch weitere Zeugen zu laden, um restlos zu klären, was der Angeklagte eigentlich gesagt hat. Der Prozeß wurde daher vorläufig vertagt. In der Zwischenzeit wird sich Herr Landsberg für den Angeklagten bei dem Reichswehrminister bemühen!

Wegen Singens deutscher Lieder erschossen

Nur 1½ Jahr Gefängnis für den Täter.

Kattowitz, 3. Okt. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz wurde am Donnerstag gegen den Finanzboten Adam Orlik aus Eichenau verhandelt. Orlik hatte am 9. August d. J. mit einem Dienstrevolver, den er unbefugt aus dem Kassenraum entnommen hatte, den Arbeiter Goretzki aus Siemianowitz erschossen. Als Grund zu der Tat gab er an, daß Goretzki in Gesellschaft von mehreren jungen Leuten in einem Lokal deutsche Lieder gesungen habe. Er habe sich durch den Gesang beleidigt gefühlt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der ein besonders rühriges Mitglied des Aufständischenverbandes ist, zu 1½ Jahren Gefängnis mit der Begründung, daß hier kein politischer Beweggrund, sondern ein persönlicher Rachakt vorliege. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Räuberbande überfällt Güterzug

Zwei Eisenbahner niedergeschossen.

Warschau, 4. Oktober. In dem Walde bei Alexandrowo, in der Nähe der Eisenbahnstation Wloclawek in Kongreß-Polen wurde ein bewaffneter Raubüberfall auf einen fahrenden Güterzug verübt. Da den Güterzug einige Polizeibeamte begleiteten und überdies die Zugbegleitmannschaft bewaffnet war, entspann sich ein kurzes Gefecht, in dessen Verlauf zwei Eisenbahner niedergeschossen wurden. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und mit Hilfe der herbeigeeilten Polizeiverstärkung aus Wloclawek gelang es in dem benachbarten Walde 17 verdächtige Personen festzunehmen, die, wie vermutet wird, einer berüchtigten Räuberbande angehören.

Zollbeamte im Kampf

Zwei Schmuggler erschossen.

Aachen, 3. Oktober. Am Sonnabend wurden zwei Schmuggler bei ihrer Verfolgung erschossen. Am frühen Morgen versuchte bei Effeld ein bekanntes Schmuggelauto über die Grenze zu kommen. Die Zollbeamten hatten den Weg verbarrikadiert. Auch das Haltezeichen und Warnungsschüsse beachteten die Schmuggler nicht. Als die Beamten nun scharf schossen, wurde der Führer des Kraftwagens durch Kopfschuß getötet. Der zweite Insasse des Schmuggelwagens konnte verhaftet werden. Er wurde noch im Laufe des Tages dem Richter vorgeführt und im Schnellverfahren zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Schmuggelauto fand man u. a. viele Zentner Kaffee und Tabak.

Gleichzeitig wird aus Erkelenz gemeldet, daß Zollbeamte einen Motorradfahrer mit Schmuggelwaren verfolgten, der trotz aller Warnungszeichen ebenfalls zu entkommen suchte und schließlich von einem der von den Beamten abgegebenen Schüsse derart getroffen wurde, daß er auf der Stelle starb.

Blutiger Wahlsonntag in Santiago de Chile

Santiago de Chile, 4. Oktober. Bei den Präsidentenwahlen kam es zu zahlreichen Zwischenfällen. Bisher wurden 2 Personen getötet und 11 verwundet. Sowohl der Kandidat der Konservativen, der bisherige Vizepräsident Montero, sowie der frühere Präsident Alessandri, rechnen damit, daß ihnen der Sieg zufallen wird.

Unruhen in La Paz

La Paz (Bolivien), 4. Oktober. Auf dem Markte sowie in einer Reihe von Läden kam es zu Plünderungen.

Kameradschaftsabend des Sturm 4/75

Das war eine harmlose Fröhlichkeit am Sonntag in den Räumen des Kaffee Hilker. Der Sturm 4/75 hatte seine Freunde und SA.-Männer zu einem gemütlichen und abwechslungsreichen Abend eingeladen. Eingeleitet von einem schmissigen Marsch, gespielt von Mitgliedern der Bremer SA., nahm Sturmführer Heese das Wort, um die zahlreichen Gäste herzlichst zu begrüßen. Und dann wickelte sich in bunter Reihenfolge das gute Programm ab. Kamerad Siebert zeigte ein nettes kleines Spiel auf der Bühne, Frau Bellmer sang hübsche, schöne Lieder und auch der Humor kam zu seinem Recht mit einem Vortrag von Pg. Banes. Die „Sturmkanone" Stark trug kräftig dazu bei, die Stimmung immer mehr zu heben. Aber auch etwas ganz anderes wurde geboten, Kamerad Tiele zeigt ein einem Balanzeakt wirklich ganze Arbeit und SA.-Mann Oesterreich begeisterte die Menge mit seinen ulkigen und wohlgelungenen Schnell-Karrikaturen bekannter Männer. — Nummer für Nummer erntete wohlverdienten Beifall, auch SA.-Mann d'Alquen, der mit seinem fleißigen Klavierspielen nicht unwesentlich zum Gelingen des Abends beitrug, mußte häufig Zugaben bewilligen. Die Verlosung, zugunsten zu unserer gefangenen und verwundeten SA.-Kameraden, brachte noch manche freudige Ueberraschung. In echter Hitler-Kameradschaft blieb man noch einige schöne Stunden zum deutschen Tanz, begleitet von der unermüdlichen erstklassigen Kapelle, beisammen. Die Anwesenheit der SA.-Führung zeigte, wie gerne derartige Kameradschaftsabende gesehen werden. — Wie wir hören, beabsichtigen auch andere Stürme dem gegebenen Beispiel des Sturm 4 nachzuahmen. Hoffentlich wird ihnen ein gleich guter Erfolg beschieden sein.

„Angriff" appeliert an das Reichsgericht

Berlin, 3. Oktober. In Sachen des letzten „Angriff"-Verbotes haben die Pressestelle des Gaues der NSDAP., der Verlag und die Schriftleitung sich an den zuständigen Minister bezw. an das Reichsgericht gewandt.

Die Beschwerdeschrift der Pressestelle enthält drei wesentliche Punkte: 1. Die nicht formgerechte „Zustellung des Verbotes, 2. den Hinweis darauf, daß bisher weder Richter noch Staatsanwälte durch das Republikschutzgesetz oder diesbezügliche Notverordnungen g eschützt waren und 3. eine Beschwerde gegen die Begründung der Verbotsdauer, in der der Polizeipräsident sagt, daß die „Schreibweise des „Angriff" schon des öfteren Anlaß zum Verbot gegeben habe.

Bis zum heutigen Montag muß nach den geltenden Vorschriften die Beschwerde im Reichsinnenministerium bezw. beim Reichsgericht eingelaufen sein.

Das Stadttheater ruft

Drei billige Werbevorstellungen

„Zerging in Dunst das Heil'ge Römische Reich — uns bliebe gleich die heil'ge deutsche Kunst." Dies Wort Richard Wagners und Hans Sachsens ist selten so gegenwartsnah, so beherzigenswert gewesen wie heute. Es schwinden die materiellen Güter von heute auf morgen, Geld und Ware verlieren ihren Wert: das einzige, was nicht entwertet, was ewig bleibt in diesem Strudel der Umwertung aller Werte, ist das Gut, das weder Motten noch Rost fressen können: die Kunst.

In schweren Notzeiten vergangener Epochen ist immer das Theater, insbesondere die Oper, der letzte Notanker der in Revolution, Krieg und Belagerung verstrickten Bürger großer Städte gewesen: die Musik, das Theater gab Vergessen, Entspannung, Erholung, Belustigung. Das Theater nährte mit dem geistigen Brot, das länger vorhält, als es leider das leibliche tut.

Das Theater sollte auch in diesem kommenden Notwinter das geistige Kraftzentrum der Stadt sein, der abendliche Festplatz, an dem man sich bei großer deutscher Musik, bei fröhlichem Schauspiel, bei ernster wegweisender und erhebender Dichtung in schicksalhafter Gemeinschaft zusammenfindet, um sich aus dem grauen Elend des Tages herausheben zu lassen in den holden Zauberschein der musischen Kunst.

Kein theatralisches Institut unserer Stadt ist so befähigt, dem Bürger in schweren Monaten das tröstende Geleit zu geben wie das mit dem Schicksal unserer Stadt auf Gedeih und Verderb verbundene Stadttheater. Das Stadttheater mit seiner Fülle von Leistungen und Anregungen, mit seinem hervorragenden Orchester, seiner ausgezeichneten großen Oper, seiner leichten Spieloper, mit seinen vielgerühmten Neueinstudierungen der großen Klassiker, seinen modernen Schau- und Lustspielen, seiner vorzüglichen Operette, seinen großen Tanzdarbietungen **ruft** trotz aller drohenden Wetterwolken **ins heitere Reich der Kunst.**

Es ruft noch einmal zum Abonnement. Es vermag sich zu berufen auf die glänzenden Leistungen, die es zu Beginn dieser Spielzeit in Oper und Schauspiel darzubieten in der Lage war, Leistungen, die die gesamte Presse und ein großes treues Publikum einmütig zu Beifall und Bewunderung hinriß. Es sei erinnert an Lohengrin, Othello, an Puccinis „Mantel", aber auch an Figaro, Zauberflöte und Wildschütz, im Schauspiel haben der „Urfaust", „Ueber allen Zauber Liebe" und „Jugend zu zweit" die künstlerische Bedeutung und die große Vielseitigkeit des Ensembles und der Regie dargetan: Ist das nicht Grund genug für den Bremer, seine winterliche Entspannung und Entsorgung diesem unserem städtischen Theater anzuvertrauen?

Um allen, aber auch allen, die noch fern stehen, Gelegenheit zu geben, sich von wirklich besonderen Leistungen unseres Stadttheaters und seiner Künstlerschar zu überzeugen, hat die Intendanz drei ganz billige Werbevorstellungen angesetzt, nämlich auf

Sonnabend, 10. Oktober, 16 Uhr: „Martha",
Sonntag, 11. Oktober, 11 Uhr: „Schön ist die Welt".
Mittwoch, 14. Oktober, 16 Uhr: „Goethes Faust".

Eintrittspreise: 30 Pf. bis 1,50 M., für Faust 20 Pf. bis 1 Mark. Näheres siehe in der Anzeige in dieser Nummer.

Herausgeber Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Scharf; für den Anzeigenteil C. A. Gülsner; sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Druck: Kempe & Co. Druckereigesellschaft m. b. H. Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Familien-Anzeigen

Geborene:

Hermann Kretschmer und Frau (Sohn)
Pastor Lic. G. Greifenhagen und Frau (Sohn)

Verlobte:

Ada-Marga Sanders und Dr. Gert Sarrazin — Mudel Köhn und Hans Weißhaar — Anneliese Büsing und Hermann Hüser — Annemarie Heggli und Herbert Dennhardt — Marion Gressly und Werner Voigt — Fenna Rabenstein und Hans Freie — Eva Tänzler und Wolfgang Weichberger — Hedwig Struwe und Max Laste — Lieschen Westermann und Heinrich Renzelmann

Vermählte:

Friedo Lübkemann und Frau Adele, Garbade — Nicolaus Kaemena und Frau Dora, geb. Hoffmeister — Herm. Lünsmann u Frau Gesine geb. Denker Hans Mönch und Frau Alice geb. Lübben — Karl Hess u. Frau Sophie geb. Rath — Hans Lübbers und Frau Elsbeth geb. Hohenleitner — Wilhelm-Gustav Knudsen u. Frau Margot geb. Budde — Reinhold Kohlmann und Frau Anita, geb. Baumann

Verstorbene:

Alma Voß geb. Grother im 23. L. Frau Landesrat Fritzen geb. Gudden August Tümpling im 64. L. — Dr. med. Gustav Mahrt im 56. L. — W. Kudras im 30. L.

STADTTHEATER

Heute
Montag, 20 Uhr: geschl. Vorstellung
Dienstag, 20 Uhr, 33. Abonn.-Vorstellung
Ende ungef. 22.45 Uhr
Der große Schauspielerfolg
Jugend zu zweit
Mittwoch 20 Uhr, 34. Abonnem.-Vorstellg.
Ende ungef. 22.45 Uhr
Erstaufführung in Anwesenheit des Komponisten
Ritter Blaubart
Oper in 3 Aufzügen
Musik von E. N. von Reznicek

Schauspielhaus

Heute
Montag: Serie A/4
Dienstag: Serie B/4
Die Melodie des Geldes
Mittw.: 4. Kammersp. „Mittwoch"
Glänzender Erfolg in Berlin und Wien
Die Frau in der Wolke
Lustspiel
von Gothar und Lernet-Holenia
Freitag, nachmittags 4 Uhr:
Für klein und groß
Em.l und die Detektive
Eine lustige Detektivgeschichte von Erich Kästner
Ganz kleine Preise
(0,30, 0,40, 0,50 bis 1,50 Mark)

Internationaler Meisterringer-Wettstreit
im **Grinzing-Garten** oder **Alkazar**
Heute Montag, 5. Oktober ringen:
Vorletzter Kampftag:
Zwei Entscheidungskämpfe!
H. Schwarz sen., München gegen Antonio Jirsa, Argt.
Herm. Reglin, Lübeck gegen Hans Kawan Wien
Freistil-Kampf. Alle Griffe erlaubt
Jaan Leskinowic, Riga gegen Alphonse Steurs, Belgien

BNZ
Redaktion und Verlag
jetzt Papenstr. 15
Nationalsozialistische Bücher, Zeitschriften, Zeitungen im
L a d e n

Bremer Stadttheater
3 Werbe-Vorstellungen
zu billigen Einheitspreisen
Sonnabend, den 10. Oktober, nachm. 4 Uhr:
Martha Komische Oper in 4 Akten von Flotow
Sonntag, den 11. Oktober, vorm. 11 Uhr:
Schön ist die Welt Operette in 3 Akt. v. Lehar
Preise der Plätze pro Vorst.:
I. Rang u. Sperrsitz 1.50 RM.,
II. Rang u. Paterre I RM., III. Rang 0.60 RM., Galerie 0.30 RM.
Mittwoch, den 14. Oktober, nachm. 4 Uhr:
Faust Tragödie von Goethe
In der ursprünglichen Fassung
Preise der Plätze:
I. Rang u. Sperrsitz 1RM., II. Rang u. Paterre 0.75 RM., III. Rang 0.40 RM Galerie 0.20
Der Vorverkauf für alle 3 Vorstellungen findet ab Dienstag, 6. Oktober, täglich von 10½—12½ Uhr vorm., und 5½—7½ Uhr an der Theaterkasse statt.

9. Oktober 1931, 20.30 Uhr
S.A.-Werbeabend
Konzert, Rezitationen (Carl Rheder)
Ansprache: SA-Mann Thyssen St.4/75
Den Reingewinn erhält die S.A.-Verwundeten- und Gefangenen-Hilfe
50 Pfg. 50 Pfg.

Centralhallen
Düsternstr. Tel. Rol. 809
Einlaß 7.15 Uhr — Anfang 8.15 Uhr
Heute und folgende Tage
Zauber-Revue-Ramiro


Sowie das große internationale
Varieté Programm
Kartenvorverkauf:
Hacke, Musikhdlg., Obernstr. 24
Fremdenverkehrsbüro, Bahnhofstr.
Kadelbach, Kaiserstr. 24, sowie in d. Centralhallen (vormittags von 11—1 Uhr u. nachmittags als 4 Uhr ununterbrochen)
Volles Orchester

Sielers Festsäle
Theatersaal, Eing. Moselstr.
Telefon Roland 1261
Täglich 8.15 Uhr
Sontags 4.15 und 8.15 Uhr
Kurzes Gastspiel
Hartstein
Der unübertreffliche rheinische Komiker mit seiner erstklassigen Gesellschaft in der unverwüstlichen
Original-Militär-Burleske
Der Stolz der 3. Kompagnie
Vorher die tolle Hartstein-Burleske:
Der schöne Wilhelm
mit
Wilhelm Millowitsch
3 Stunden Lachen!
Vorverkaufskasse geöffnet von 10-2 und 3-6 in Sielers Festsälen, sowie im Zigarrenlade v. Kadelbach Kaiserstraße, Ecke Brill. Eintrittspreise von 1-5 M.

Fernempfänger unter **150.— RM zeigt**
Gründung Spezialhaus **Heim-Radio** Am Wall 119 (Blumenschule)
Im Schaufenster — Lieferant der Partei

Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wegesende 8/9 Fernsprecher 88 88 88
Gravierungen — Waschetechnikbahnen
Vereinsabzeichen
Butter, Eier, Käse Wurstwaren
Pg. L. Schreiber
Verkaufsstand:
Domshof (Hauptr.)
Hohentorsheerstr. 103

Ausl.-Radio für 4 Röhren 25.— RM. bar, bess. A. E. G. mit 30.- M Anz. u. 3 Mk. Raten. **H. Fanemeier.** St.Magnusstr 21, Bremen

Krepp-Toiletten-Pap. große Rolle RM 0,13 5 Roll. 0,60
KiliaDrogerie
Wartburgstr. 1 am Spielplatz

Welcher Parteig. (Auto-Besitzer) s.
Mitfahrer für Braunschweig
Ang. unt. L 197

Kautionsgebote
4/16 **gut erh. Opelwagen** billig abzugeben. Roßbachstr. 32-34

National-Registrier-Kasse
gebraucht wie neu preiswert abzugeben.
Ang. u. M 198

Unterricht
Guten Violinen-Unterricht erteilt Ilse Homann, Parkstrasse 38 ausgeb. Idet. auf der Hochschule für Musik in Leipzig.



Das Wetter ist mir einerlei
Mein Mantel ist von Loden-Frey
Nur Loden-Frey-Mantel sind aus echt Münchener Loden
Alleinverkauf
Hespen
Am Wall 151—52

Ärzte-Tafel

Von der Reise zurück:
Dr. med. Boer
Hautarzt, Obernstr. 22/24
Prof. Dr. Grunert
Augenarzt, Rembertistr. 64
Dr. med. Thorbecke
Frauenarzt, Löningstr. 23

Praxisverlegung:
Frl. Dr. L. Stroever
von Brückenstr. 18 nach
Schwachhauser Heerstrasse 27
Fernruf: H 41 644
Sprechzeit: 8-10, 4-5½ Uhr
ausser Sonnabend nachmittag

Verzogen nach
Schwachh. Heerstr. 104
T. erarzt Dr. Lütje
Ruf: unverändert Hansa 42 663

Zahnarzt
Dr. Mangold
verzogen nach
v. dem Steintor 147
zugelassen bei den Krankenkassen
Sprechst. von 9—12 u. 15—18 Uhr und nach Vereinbarung
Fernruf: Hansa 443 46

Heute sowie folgende Tage können Sie noch an den billigst berechneten Tages- u. Abendkursen in allen Einzelfächern als Schön- und Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz usw., sowie an geschlossenen Handelskursen teilnehmen. Unterricht von ersten Lehrkräften. Erfolg garantiert. Kl. Cruppen. Teilzahlung ohne Aufschlag
Frischens Privat-Handelsschule
Bredenstr. 14, ab Martinistr. D. 25724

Der Herrenfriseur
Marktstraße 20 u. Petristr.
H. Hobbenbrink
Arbeitslose Pg. geg. Ausw. halbe Preise

Blumenbinderei
Friedrich Görres
Landwehrstr. 141 Roland 1953

NSDAP.
Geschäftsstelle
Rembertistraße
31-32

Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Verhältnisse bei der Staatshauptkasse

Aus Anlaß **des Zusammenbruchs der J. F. Schröder Bank** und der sich daraus für den bremischen Staat ergebenden Verluste hat der Senat Anfang August d. J. einen Ausschuß zur Prüfung der Verhältnisse der Staatshauptkasse berufen, in den außer seinen Mitgliedern Bürgermeister Dr. Spitta, Senator Dr. Apelt und Senator Kaisen die Mitglieder der Bürgerschaft Oberbürgermeister Becke für den während der ganzen Zeit Dr. Dronke, Konsul Flohr, sowie in dessen Vertretung Vagts, Dr. Gebert, Hagedorn und Wendt eintraten. Dem Ausschuß wurde ferner seitens des Senats Staatsrat Dr. Duckwitz zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuß hat in **14 Sitzungen** an Hand des ihm vom Senat sowie von sonstiger beteiligter Seite zugestellten und nach seinen Wünschen ergänzten Materials die Aktiven und Passiven des bremischen Staatsvermögens einschließlich der dabei in Betracht kommenden Finanzgeschäfte seit der Stabilisierung der deutschen Währung geprüft.

Der Ausschuß legt dem Senat hiermit den Bericht über das Ergebnis seiner Prüfung vor.

Die Buch- und Kassenführung der Staatshauptkasse

Der Ausschuß hat die Deutsche Treuhand AG. für Warenverkehr (Treuverkehr AG.) mit der Prüfung der Buch- und Kassenprüfung der Staatshauptkasse beauftragt, die materielle Prüfung aber sich selbst vorbehalten.

Die dem Ausschuß vorliegenden Berichte der Treuverkehr AG. ergeben, daß die Buchführung des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts zwar umständlich, aber ordnungsmäßig erfolgt ist. Die Buchführung der Devisen-Abteilung, welche die bankmäßigen Geschäfte der Staatshauptkasse umfaßt, hat sich dagegen als unzureichend erwiesen, infolgedessen hat die Treuverkehr AG. die Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Zahlenmaterials insoweit nicht übernommen. **Diesen Vorbehalt macht sich der Ausschuß zu eigen.** Auch die Art der Führung des Kassenbuches ist beanstandet worden, Anhaltspunkte für strafbare Handlungen hat die Prüfung der Treuverkehr AG. nicht ergeben. Eine beschleunigte Umgestaltung der Buchführung ist erforderlich. Die Treuverkehr AG. hat entsprechende Hinweise gegeben. Geheimkonten oder Konten mit Decknamen sind nicht festgestellt.

Zum Verständnis der von der Treuverkehr AG. mit Recht beanstandeten Art der Buchführung in der Devisen-Abteilung muß darauf hingewiesen werden, daß die Staatshauptkasse von jeher eine Kasse und keine Bank ist. Im Verfolg der besonderen Entwicklung der letzten Jahre seit der Stabilisierung der deutschen Währung hat jedoch die Staatshauptkasse zwangsläufig auch Bankgeschäfte bearbeiten müssen, denen die Buchführung der zuständigen Devisen-Abteilung nicht entsprach und nicht gewachsen war.

Für den Bericht dienten dem Ausschuß als Unterlagen, die vom Finanzbüro, der Staatshauptkasse, der Deputation für Häfen und Eisenbahnen, der Deputation für Bauwesen und Stadterweiterung der Deputation für die städtischen Werke und anderen Staatsstellen gegebenen Aufstellungen und Auskünfte. Diese sind von den zuständigen Stellen sorgfältig zusammengestellt; ihre Richtigkeit und Vollständigkeit hat der Ausschuß aber im Einzelnen nicht nachprüfen können.

Das bremische Staatsvermögen

Das bremische Staatsvermögen ist bisher nur in den Jahren 1908—1912 in Gestalt sog. „Schlußrechnungen" aufgestellt worden.

In der am 1. April 1908 erstmalig aufgestellten „Schlußrechnung" werden die Aktiva

mit einem Betrage von	RM. 341 718 050,79
einer Staatsschuld von	RM. 235 577 300,—
mit einem Aktivsaldo von	RM. 106 140 750,79

gegenübergestellt.

Laut der nach gleichen Grundsätzen aufgemachten letzten Schlußrechnung vom 1. April 1912 ergibt sich aus einer Gegenüberstellung

der Aktiva mit	RM. 426 336 778,41
und der Staatsschuld mit	RM. 302 106 100,—
ein Aktivsaldo von	RM. 124 230 678,41

Um zunächst den Stand des bremischen Staatsvermögens vom 1. August 1931 mit dem vom 1. April 1908 und 1912 zu vergleichen, hat der Ausschuß in der Anlage 3 die jetzigen Aktiva und Passiva in gleicher Weise zu ermitteln versucht mit dem Ergebnis, daß

die Aktiva mit	RM. 763 314 403,—
abzüglich mit	RM. 224 943 000,
rechnerisch ein Aktivsaldo von	RM. 538 371 403,

ergeben.

Die Finanzdeputation hat seinerzeit der Schlußrechnung vom 1. April 1908 mit Recht in ihrem Bericht an die Bürgerschaft zur Vermeidung unrichtiger Schlußfolgerungen eine zweite Aufstellung der werbenden Anlagen, Reservefonds, Vorschüsse und realisierbaren Vermögenswerte der Staatsschuld gegenübergestellt:

1. Häfen, Hafenanstalten usw.	RM. 188 211 565,64
2. Erleuchtungs- und Wasserwerke, Schlachthof (ausschl. Ratskeller)	28 799 533,11
5. Guthaben, Vorschüsse, Reservefonds	RM. 8 047 263,75
8. Bauplätze und Ländereien (unter Ausschluß der freien Plätze und der Anlagen)	RM. 9 344 332,—
Gesamt-Aktiva	RM. 234 402 694,50
ab Staatsschuld	RM. 235 577 300,—
bleibt ein Ueberschuß von	RM. 1 174 605,50

Dementsprechend ergibt sich als Aufstellung werbender Vermögenswerte am 1. April 1912:

1. Häfen, Hafenanstalten usw.	RM. 227 215 283,63
2. Erleuchtungs- und Wasserwerke, Schlachthof (ausschl. Ratskeller)	35 186 173,—
5. Guthaben, Vorschüsse, Reservefonds	RM. 29 202 392,40
8. Bauplätze und Ländereien (unter Ausschluß der freien Plätze und der Anlagen	RM. 12 977 565,—
Gesamt-Aktiva	RM. 304 581 414,03
ab Staatsschuld	302 106 100,—
bleibt als Ueberschuß	RM. 2 475 314,03

Eine nach dem gleichen Verfahren zusammengestellte Uebersicht der werbenden Anlagen und der Staatsschuld nach dem Stande vom 1. August 1931 würde ergeben:

1. Hafenanlagen	RM. 336 400 000,—
Oeffentliche Werke	RM. 90 000 000
5. Kasse, Bankguthaben, Effekten usw.	RM. 54 875 867 —
5. Bauplätze und Ländereien (unter Ausschluß der Sportplätze, freien Plätze und Anlagen)	50 109 587,—
9. Wohnungsbau	RM. 64 601 957,—
Gesamt-Aktiva	RM. 595 987 411,—
ab Staatsschuld	RM. 224 943 000,—
bleibt als Ueberschuß	RM. 371 044 411,—

Diese Gegenüberstellung ändert sich ganz wesentlich, wenn die augenblickliche Realisierbarkeit der durch öffentliche Zwecke nicht gebundenen Werte und der Staatsschulden einsetzt:

2. Oeffentliche Werke (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk, Schlachthof)	RM. 90 000 000
5. Kasse, Bankguthaben, Effekten usw.	54 673 316
8. Bauplätze und Ländereien (abzüglich Sportplätze, freier Plätze und Anlagen	RM. 50 109 587
9. Wohnungsbau	
Staatshypotheken	RM. 37 576 460,46
Staatsneubauten	RM. 14 500 000,— 52 076 460
Gesamt-Aktiva	RM. 246 859 363
ab Staatsschuld	RM. 224 943 000
verbleibt ein Ueberschuß von	21 916 363

Die bremische Verschuldung

Die Gesamtverschuldung des bremischen Staates betrug am 1. August 1931 RM. 224 943 000.— gegenüber einer Staatsschuld am 1. April 1918 von RM. 235 577 300,— und am 1. April 1912 von RM. 302 106 100.—

Bei ihrer vergleichenden Bewertung ist es jedoch zu berücksichtigen, daß die aus dieser Schuld erwachsende Zinslast heute zum Teil mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit beträgt. Während es sich in der Vorkriegszeit um ausschließlich langfristige Schulden handelt, macht heute die langfristige Verschuldung nur etwa ein Drittel aus.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Vorkriegsmark und die heutige Reichsmark keine gleichen Größen sind; daß ferner die Bevölkerungszahl und das Steueraufkommen Bremens vor dem Kriege niedriger waren.

Die langfristigen Schulden belaufen sich auf RM. 72 206 000.— die kurzfristigen auf RM. 141 003 000.— hinzukommen ferner noch zu leistende Zahlungen auf Stundungslieferverträge RM. 11 734 000.— somit Gesamtverschuldung RM. 224 943 000.—

Von der kurzfristigen Verschuldung waren am 1. August inländische Verpflichtungen RM. 99 775 000.— ausländische Verpflichtungen RM. 41 228 000.—

Die ausländischen kurzfristigen Kredite wurden namentlich durch die J. F. Schröder Bank, Danatbank und Sparkasse vermittelt (eigene Kredite gewährte die Sparkasse nur in Höhe von rd. 5 Millionen RM. sind 4 Prozent der nach dem Stande vom 1. August d. J. 125 Millionen betragenden Einlagen).

Die Hansabank

Ende 1928 wurde **nach eingehenden Verhandlungen in der Finanzdeputation die Bremer Hansa-Bank** von der Danatbank, J. F. Schröder Bank, Sparkasse, Kaiserbrauerei Beck u. Co., Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei und dem Norddeutschen Lloyd mit einem Aktienkapital von 10 Millionen RM. gegründet. Dieses Aktienkapital hat der Bremische Staat in den Jahren 1929-30 übernommen.

Der nächste Zweck der in einem großen Teil der bremischen und außerbremischen Presse anerkennend besprochenen Gründung war, dem bremischen Staat durch Aufnahme einer Anleihe von £ 2 000 000, bei dem **Bankhaus M. Samuel** u. Co. in London die Verwertung seiner Wohnungsbauhypotheken zu ermöglichen, weil eine unmittelbare Anleihe des Staates für diesen Zweck nach den damaligen Bestimmungen der Beratungsstelle des Reichs nicht möglich war. Die Anleihe sollte teils für staatseigene Zwecke, teils zur Förderung der bremischen Wirtschaft durch Gewährung von Krediten verwandt werden. Treuhänder für die staatlichen Hypotheken sollte wegen ihrer besonderen Sachkunde in der Verwaltung von Hypotheken die Sparkasse werden. Daher übernahm der Vorstand der Sparkasse (Direktoren Wenhold und Runyter) ehrenamtlich die Geschäfte des Vorstandes der Hansabank.

Der Senat hat nach erstattetem Bericht Bürgermeister Dr. Donandt und Senator Bömers die Genehmigung zum Eintritt in den Aufsichtsrat erteilt. Dem Präsidenten der Bürgerschaft ist gemäß Paragr. 43 der Verfassung hiervon Mitteilung gemacht mit dem Bemerken, daß die Hansabank satzungsgemäß keine eigenen Gewinne erzielt und eine Vergütung mit der Tätigkeit der Aufsichtsratsmitglieder nicht verbunden ist.

In den Aufsichtsrat traten ferner ein die Herren Marwede, J. F. Schröder, G. Carl Lahusen, Dr. Strube, Schnurbusch, Kaspar Menke und Gläsel.

Nachdem die Prospekte für die Anleihe bereits gedruckt waren, entstand eine Verzögerung, weil das Reich in einer im Prospekt enthaltenen Erklärung zunächst eine **allgemeine Garantie des Bremischen Staates erblickte.** Als dann das Reich seine anfänglichen Bedenken fallen ließ, hatten sich inzwischen die Verhältnisse am englischen Geldmarkt so verändert, daß die Anleihe nicht mehr herausgebracht werden konnte. Seitdem hat die Tätigkeit der Hansabank bis zum Mai d. J. geruht.

Noch einmal, im Jahre 1930, stand Bremen vor dem Abschluß einer langfristigen Anleihe zu günstigen Bedingungen über 25 Millionen $. Die Beratungsstelle des Reiches glaubte jedoch, mit Rücksicht auf die bevorstehende Ausgabe der Young-Anleihe ihre Zustimmung versagen zu müssen.

Als dann der Absatz der Young-Anleihe auf erhebliche Schwierigkeiten stieß und die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte in der Welt insbesondere in Deutschland sich ständig steigerten, waren weitere Bemühungen Bremens aussichtslos.

Somit waren

die fortgesetzten Anstrengungen der bremischen Finanzverwaltung endgültig gescheitert

und der entscheidende Wendepunkt für die künftige Gestaltung der bremischen Finanzlage eingetreten. Die sich aus der weiteren Entwicklung des Geldmarktes durch Abruf kurzfristiger Gelder ergebende bedrohliche Lage hätte sich nicht wie geschehen auf Bremens Finanzen auswirken können, wenn nicht durch den Einspruch der zuständigen Reichsstelle die langfristige Konsolidierung der bremischen kurzfristigen Verschuldung verhindert wäre.

Der seit Herbst 1930 im wachsenden Umfang einsetzende Abruf der kurzfristigen ausländischen Gelder führte zwangsläufig zur verstärkten inländischen Eindeckung bei höherem Zinssatz. Die kurzfristige Auslandsverschuldung sank von 144 220 200.— RM. auf 64 677 000.— RM., während die teuere Inlandsverschuldung von 21 500 000.— RM. auf 73 455 000.— RM. stieg.

Verwendung der Anleihemittel

Von dem über den außerordentlichen Haushalt bewilligungsmäßig vom 1. Januar 1924 bis 31. März 1931 einschließlich der eigenen Einnahmen des außerordentlichen Haushalts ausgegebenen Betrag von 160 436 301 RM. wurden u. a. verwandt:

für Hafen- und Stromzwecke	RM. 94,1 Millionen
für Wohnungsbau	RM. 44,1 Millionen
für Neuanlagen der Städtischen Werke	9,5 Millionen
	RM. 147.7 Millionen

An Effekten

hat der Staat für 18 091 501 Mk. angelegt, die am 11. Juli 1931 einen Kurswert von 9 717 890 RM. hatten. Der Hauptverlust ergibt sich bei den Norddeutschen Lloydaktien, die von 11 227 886.— Mk. Ankaufswert auf 4 359 600.— Mk. gefallen sind. Der Staat verfügt außerdem für rund 900 000.— weitere Papiere.

Außerdem Beteiligung an der „Hansa-Bank" durch den Besitz des ganzen Aktienkapitals RM. 10 000 000.— in der Vermögensaufstellung nicht unter Beteiligung, sondern als besonderer Posten aufgeführt; dagegen wurde das Darlehen der Hansabank auch als besonderer Schuldposten aufgeführt. Ferner Beteiligung an einem Konsortium zur Aufnahme von nominal 3 000 000 RM. Danat-Aktien in Höhe von nominal 600 000 RM.-Aktien.

Im einzelnen sind von den Effekten und Beteiligungen des Staates u. a. folgende hervorzuheben:

Bremer Straßenbahn

Die Käufe wurden in den Jahren 1923-1928 getätigt. Der Gesamtbesitz des Staates beträgt nach der Stückeumwandlung im November 1928 RM. 6 713 000.—.

Der Staat besitzt also die qualifizierte Mehrheit des 9 800 000 RM. betragenden Aktienkapitals und hat auf seinen Aktienbesitz selbstverständlich jährlich die von der Generalversammlung beschlossene Dividende erhalten (seit dem Geschäftsjahr 1925 regelmäßig 8 Prozent). Der vom Staat mit einem Konsortialvertrag verfolgte Zweck war, die großen Aktienpakete zu binden und dem Staat ein gewisses Vorrecht auf den Erwerb der konsortialgebundenen Straßenbahn-Aktien gegenüber Dritten zu sichern.

Im Paragraph 1 letzter Absatz wurde, da auf andere Weise der Aktienerwerb nicht durchzusetzen war, (!) durch eine Schutzbestimmung zu Gunsten der bisherigen Aktienbesitzer vorgesehen, **daß das Stimmrecht im Falle der Uebernahme der Aktien durch den Staat bei den Verkäufern bleibt,** solange dieser Vertrag dauert (31. Dezember 1945). Da der Konzessionsvertrag erst 5 Jahre später abläuft, so wird der Staat in diesem entscheidenden Zeitpunkt über ein freies Stimmrecht verfügen. Im übrigen bestimmt der **Paragr. 6 des Konsortialvertrages,** daß vor jeder Generalversammlung der **Bremer Straßenbahn** zwischen den Vertragschließenden eine Vereinbarung darüber stattfindet, in welchem Sinne zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung abgestimmt werden soll. Bei der Beschlußfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Die Beschlüsse werden mit einer einfachen Stimmenmehrheit gefaßt. Die Ausübung **des Stimmrechts in den Generalversammlungen gemäß den gefaßten Beschlüssen steht der Danatbank zu. (!!!)**

Der Aktienerwerb wird im Ausschuß verschieden beurteilt. Ein Teil erkennt an, daß der Erwerb der Aktien eines für den Verkehr so wichtigen Unternehmens wie der Straßenbahn gerechtfertigt ist, insbesondere um bei Ablauf des Konzessionsvertrages im Jahre 1950 das allgemeine Verkehrsinteresse sicherstellen zu können, **zumal die Aktien lediglich von Großaktionären erworben wurden.** Ein anderer Teil lehnt

den Aktienerwerb grundsätzlich ab und macht außerdem geltend, daß der Staat angesichts der Bestimmungen des **Konzessionsvertrages** kein Interesse an einem Aktienerwerb bei Ablauf des Vertrages habe; auch wurde im Ausschuß beanstandet, daß sich der Staat auf die Bedingungen des Stimmrechts im Konsortialvertrag eingelassen habe. —

Es ist die Ansicht geäußert worden, daß die wiederholte Anrufung des Schiedsgerichts und die Verhandlungen in der Bürgerschaft, der der staatliche Aktienbesitz ebenso wie dem Plenum der Finanzdeputation unbekannt war, eines **ernstlichen Grundes** entbehrten, weil der Staat als Großaktionär ohne weiteres seine Forderungen hätte durchsetzen können. Demgegenüber weist der Ausschuß darauf hin, daß der grundlegende Schiedsspruch von 1922 vor dem Abschluß des Konsortialvertrages gefällt worden ist und daß ferner der Staat nach dem Konsortialvertrage nicht die Mehrheit der Stimmen hatte, im übrigen als Großaktionär die anderen Aktionäre nicht benachteiligen durfte, daß insbesondere der Vorstand auch in Kenntnis des staatlichen Aktienbesitzes verpflichtet war, die Interessen der Gesellschaft gegebenenfalls durch Anrufung des Schiedsgerichts zu wahren, zumal eine gesetzliche Ausschlußfrist lief. Ferner wurde im Ausschuß der Ansicht Ausdruck gegeben daß der Staat sowohl vom Standpunkt der allgemeinen Interessen als auch als Aktionär dabei nicht schlecht gefahren sei.

Norddeutscher Lloyd

Die Käufe von insgesamt nom. 9 797 000 RM. Aktien des Norddeutschen Lloyd wurden in den Jahren 1923 bis 1930 von dem Inspektor der Staatshauptkasse im Einvernehmen mit **dem Vorsitzenden und Rechnungsführer der Finanzdeputation** getätigt und sichern zusammen mit einem in Bremen an anderer Stelle gebundenen Aktienpaket Bremen und Bremens Wirtschaft eine qualifizierte Minderheit in der Generalversammlung des Lloyd.

Im Hinblick auf die Schicksalsgemeinschaft des bremischen Staatswesens mit der bremischen Schiffahrt und auf die unheilvollen Folgen einer Lösung dieser Gemeinschaft für Bremen und alle Kreise seiner Bevölkerung war dieser Aktienerwerb sachlich notwendig und geboten.

Zu den Käufen der übrigen oben angeführten Effekten hat der Ausschuß keine besonderen Bemerkungen zu machen.

Wenn auf diesen Effekten ebenso wie auf allen Wertpapieren der Welt zur Zeit hohe Kursverluste ruhen, so liegt die Ursache in der schweren Wirtschaftsnot unserer Zeit. Im übrigen wurden die Effekten nicht aus Spekulationsgründen gekauft, sondern um sie aus kommunal- und staatspolitischen Erwägungen in dauerndem Besitz zu halten.

Von den Beteiligungen wurde die Gründung der Hansabank bereits behandelt; von den übrigen ist noch die Beteiligung an einem Konsortium zur

Aufnahme von Danatbank-Aktien

von Bedeutung.

Es wurde in Verbindung mit der Besorgung kurzfristiger Kredite der Vermittlungstätigkeit der Darmstädter und Nationalbank gedacht, die dem bremischen Staat, insbesondere bei Ueberwindung der Finanzkrise 1928-29 erhebliche Dienste geleistet hat. Da eine **Verstärkung des bremischen Einflusses auf die Danatbank wertvoll erschien,** um die Hilfe der Bank für den bremischen Staat und Bremens Wirtschaft zu sichern, beteiligte sich der Inspektor der Staatshauptkasse im **Einvernehmen mit dem Vorsitzenden und Rechnungsführer der Finanzdeputation** im Herbst 1930 an einem zunächst bis zum 31. Dezember 1933 dauernden Konsortium zur Uebernahme von 3 Millionen RM. Aktien in Höhe von 600 000 RM. Aktien, wogegen die Bank zusicherte, dem Staat bei etwaigen Schwierigkeiten in der Verlängerung kurzfristiger Schatzanweisungen mit allem Nachdruck zu helfen. Zweck des unter der Leitung der Danatbank stehenden Konsortiums war, durch Käufe und Verkäufe im Rahmen eines Bestandes von nicht mehr als 3 Millionen RM. Aktien den Kurs der Danatbank-Aktien nach Möglichkeit zu regulieren. Die Danatbank verpflichtete sich, für die Dauer des Konsortiums in Vorschuß zu treten. Der Staat hat also bisher keinerlei Aufwendungen gemacht. Bei Auflösung des Konsortiums etwa noch vorhandene Stücke sind in Höhe einer dann etwa entstehenden Kursdifferenz seitens der Konsorten zu übernehmen. Die Aktien stehen einschließlich Zinsen mit einem Durchschnittswert von etwa 176 Prozent zu Buch.

Das Risiko dieses Geschäfts ist im Laufe der bisherigen Entwicklung deutlich in Erscheinung getreten und muß **grundsätzlich für den Staat als nicht unbedenklich bezeichnet werden,** wenn auch das jetzige Ausmaß des Risikos dabei nicht in Rechnung gestellt werden konnte.

Ein weiteres Geschäft, in dessen Verlauf sich der bremische Staat formell als Schuldner, materiell als Avalist eines in Holland aufgenommenen Kredits beteiligte, betrifft den Ankauf von

Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Als im Sommer 1927 seitens des bremischen Staates in Verbindung mit der Absicht des Norddeutschen Lloyd, zwei große Schnelldampfer („Bremen" und „Europa") in den Nord-Amerika-Dienst einzustellen, die Wiederaufnahme des Baues der Nordschleuse in Aussicht genommen wurde, tauchte in den beteiligten Kreisen der Gedanke auf, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft an dem großen Passagierverkehr des neuerdings für diese Zwecke hervorragend ausgerüsteten Hafens in Bremerhaven in gewissem Umfange zu beteiligen. **Um einen entsprechenden Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaft zu gewinnen,** wurde der Ankauf von Aktien beschlossen. Zu diesem Zwecke stellte der Norddeutsche Lloyd der Staatshauptkasse die erforderlichen Beträge zur Verfügung. Insgesamt wurden nom. 24 Millionen Hamburg-Süd-Aktien im Laufe der Zeit aufgekauft. Im März 1930 wurde zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Finanzdeputation, **vertreten durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden und Rechnungsführer,** eine andere Art der Finanzierung in der Weise vereinbart, daß der bremische Staat bei der Niederländischen Handel-Maatschappij als Führerin eines holländischen Bankenkonsortiums einen Kredit von 10 Millionen hfl. gegen Hinterlegung einer entsprechenden Anzahl von Hamburg-Süd-Aktien aufnahm. Der Norddeutsche Lloyd verpflichtete sich dagegen, den bremischen Staat von allen Verpflichtungen aus diesem Kreditvertrage freizuhalten.

Das hiernach ausschließlich zu Lasten des Norddeutschen Lloyd gehende Finanzierungsgeschäft endigt am 31. März 1932. Der Zweck wurde nicht erreicht, **weil die Hamburg-Süd einer Einflußnahme durch Schaffung von Vorzugsaktien zuvorkam.**

Eine enge Zusammenarbeit der bremischen Staats- insbesondere Hafenverwaltung mit der Schiffahrt ist, wie in der Vor- und Nachkriegszeit, so auch in Zukunft die unerläßliche Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung Bremens als Handels- und Schiffahrtsstaat. Infolgedessen hat der Ausschuß den Gedanken, durch solche Zusammenarbeit den Verkehr auf Bremerhaven zu fördern, gewürdigt: er ist aber der Ansicht, daß — abgesehen von dem mit dem Erwerb eines großen Aktienpaketes auch für den Avalisten verbundenen Risiken — die Verkehrsförderung in Zusammenarbeit mit der Schiffahrt hier die **Grenzen des staatlichen Aufgabenbereichs überschritten** und in den privatwirtschaftlichen Wettbewerb der Schiffahrtsgesellschaften eingegriffen hat.

Maßnahmen zur Stützung der Nordwolle

Der Ausschuß hat sich auf Grund eines umfangreichen Materials mit den Maßnahmen beschäftigt, die seitens des bremischen Staates und der Bremer Hansabank im Zusammenwirken mit anderen Stellen im Mai und Juni d. J. getroffen wurden, um den Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei zu verhüten.

Anfang Mai d. J. wurde dem Inspektor der Staatshauptkasse, Senator Bömers, von dem hiesigen Geschäftsinhaber der Danatbank, Dr. Strube, mitgeteilt, daß die **NWK. nicht in der Lage sei, 3 Millionen fällige Akzepte einzulösen.** Die Nichteinlösung konnte zu einem Zusammenbruch der NWK mit seinen unübersehbaren Folgen für Bremen und den Kredit der bremischen Wirtschaft führen. Die Zentralleitung der Danatbank konnte sich bei einem im Verhältnis zu ihrem Aktienkapital bereits sehr hohen Engagement zu einem weiteren unmittelbaren Kredit mit Rücksicht auf ihre sonstigen Verpflichtungen nicht entschließen. Da aber Mitte April eine mündliche, an Hand einer Aufstellung geführte Besprechung von Senator Bömers unter Beteiligung von u. a. Dr. Strube mit dem für die Textilbranche als besonders sachkundig geltenden Revisor Dr. Doerner ergeben hatte, daß zwar die Reserven und vielleicht auch ein Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen seien, darüber hinaus aber **an der Bonität der NWK. kein Zweifel bestehe,** entschloß sich Senator Bömers als Inspektor der Staatshauptkasse **nach Beratung mit dem Vorsitzenden der Finanzdeputation** (der Rechnungsführer war zu dieser Zeit von Bremen abwesend) zu einer Hilfe; dabei sollte nach außen hin der bremische Staat nicht in Erscheinung treten, weil bei Bekanntwerden eines staatlichen Eingreifens der Kredit der NWK. leicht gefährdet werden konnte.

Die Staatshauptkasse stellte demgemäß der J. F. Schröder Bank unter dem 9. Mai d. J. einen Kredit von 3 Millionen RM. zu 7½ Prozent zur Verfügung, welcher seitens der J. F. Schröder Bank der NWK. gegen Uebereignung von ihr gehöriger Wolle im Werte von 3,8 Millionen RM., die teils in Harburg-Wilhelmsburg und Delmenhorst lagerte, teils noch schwimmend war, weitergegeben wurde. Durch Schreiben vom 9. Mai 1931 an die Staatshauptkasse übernahm die Danatbank dem bremischen Staate gegenüber die Gewähr dafür, daß aus den bis zum 15. September d. J. getätigten Wollverkäufen mindestens ein Betrag erzielt wurde, der den der J. F. Schröder Bank gewährten Kredit zuzüglich Zinsen deckte. Die J. F. Schröder Bank ist im Zusammenhang mit ihrer Sanierung aus dem Geschäft entlassen und die Wolle, von der inzwischen ein Teil bereits verkauft und der Erlös dem Staat ausgekehrt war, der Danatbank übereignet worden, die als Garant an dem günstigen Verkauf in erster Linie interessiert war. Das ganze Geschäft wurde am 15. September d. J. glattgestellt. **Den Staat hat weder ein Verlust noch sonstige Kosten getroffen.** Auch in dem Falle, daß die Danatbank ihr Garantieversprechen infolge der Schalterschließung am 13. Juli nicht hätte erfüllen können, wäre ein Schaden nicht eingetreten, da der Staat mit der Garantie, forderung gegenüber Forderungen der Danatbank aus dem staatlichen Debet hätte aufrechnen können.

Zu den Geschäftsvorgängen bei der Bremer Hansa-Bank anläßlich des Versuchs der Sanierung der Nordd. Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei ist vorweg zu bemerken, daß der Staat, insbesondere auch die Staatshauptkasse, **formell** mit den folgenden Maßnahmen zur Rettung der NWK. nichts zu tun hat, diese wurden vielmehr von den verantwortlichen Organen der Bremer Hansabank (Vorstand und Aufsichtsrat) beraten und durchgeführt. **Die Staatshauptkasse hat in dieser Angelegenheit weder unmittelbar noch mittelbar irgendwelche Geschäfte abgeschlossen, auch keinerlei Buchungen vorgenommen und keinerlei Briefe gewechselt.**

Die Treuverkehr A.G. erwähnt in ihrem Bericht eine Buchung und Rückbuchung von 10 Millionen RM. bei der Nordwolle wegen der Staatshauptkasse. Entsprechende Buchungen oder darauf lautende Schreiben finden sich bei der Staatshauptkasse nicht; auch hat kein Briefwechsel darüber mit der Staatshauptkasse stattgefunden. Der Ausschuß ist daher nicht in der Lage, die tatsächlichen Vorgänge aufzuklären.

Als Mitte Mai den beteiligten bremischen Persönlichkeiten gelegentlich einer Besprechung bei der Danatbank in Berlin die neuestens festgestellten Verluste der NWK. in Höhe von etwa 50 Millionen RM. bekannt wurden und die Reichsbank und die Danatbank von Bremen die Bereitstellung eines Kredites von 30 Millionen RM. forderten, um das bremische Unternehmen und die bremische Wirtschaft vor unabsehbaren Folgen zu bewahren, führten die anschließenden Verhandlungen zu dem vorläufigen Ergebnis, daß die Hansabank und die Reederei-Vereinigung je 10 Millionen RM., die J. F. Schröder Bank 5 Millionen RM., die Firma Lahusen u. Cia in Buenos Aires 3 Millionen RM. und Senator Rodewald 2 Millionen RM. zu 7 Prozent verzinsliche Vorzugsaktien übernehmen sollten.

Die Verwaltung der Nordwolle hat dann die ordentliche Generalversammlung zwecks Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 30 Millionen RM. Vorzugsaktien auf den 14. Juli 1931 einberufen. Der Sinn und Zweck des Vorzugsaktien-Projektes war die Sanierung der NWK. Wäre von der Generalversammlung der NWK. die Schaffung von Vorzugsaktien beschlossen worden, so hatte das Bankenkonsortium (Danatbank, Dresdner Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank, Delbrück, Schickler u. Co.) unter Führung der Danatbank entsprechend der getroffenen Vereinbarung den erforderlichen Betrag 5 Jahre vorzuschießen. Innerhalb der 5 Jahre wäre es alsdann möglich gewesen, die Vorzugsaktien zu verkaufen und somit das Geschäft abzuwickeln.

Dieser normale Verlauf wurde durch drei Zwischengeschäfte unterbrochen, welche die durch ausländische Verpflichtungen inzwischen eingetretenen Gefahren von der NWK. abwenden und die Fortführung des Betriebes sicherstellen sollten.

1. Zwischengeschäft.

Am folgenden Tage nach der beschlußfassenden Aufsichtsratssitzung hat die Bremer Hansabank auf Veranlassung der Danatbank unter deren Ausfallbürgschaft an die Ultra-Mare die seit Jahren als das Wollimporthaus der NWK. bekannt war, einen Kredit bis zu 2,5 Millionen Dollar zwecks Uebernahme der bei der Danatbank Bremen laufenden, am 12., 26. und 30. Juni 1931 fälligen Rembourstratten der Nordwolle eingeräumt. Als Sicherheit wurde eine Forderung von 5 Millionen RM. gegen die Firma Lahusen u. Cia. in Buenos Aires zediert, ferner wurden Eigentümergrundschulden im Betrage von 5,5 Millionen RM. auf Gut Hohehorst und verschiedene in Mecklenburg belegene Güter eingetragen.

Der Kredit sollte zurückgezahlt werden, sobald nach erfolgter Kapitalerhöhung die von der Hansabank zu übernehmenden 10 Millionen RM. Vorzugsaktien von der Hansabank gezeichnet und bezahlt wurden.

2. Zwischengeschäft.

Am 3. Juni 1931 stellte die Hansabank auf Veranlassung und unter Ausfallbürgschaft der Danatbank der Nordwolle einen Betrag von 250 000 Dollar zur Bezahlung eines fällig werdenden Wechsels gegen Uebereignung von Kundenforderungen der Nordwolle im Gesamtbetrage von 1 254 862,59 RM. zur Verfügung, deren Mehrerlös an die Norwolle zurückzuzahlen war

3. Zwischengeschäft.

Im Laufe des Juni wurde die Lage der Nordwolle infolge der sich häufenden Kreditkündigungen bedrohlich; die weiteren Ermittlungen hatten ferner die Möglichkeit eines Verlustes über die Reserven und das Stammkapital hinaus ergeben. Das Bankenkonsortium ersuchte die Hansabank und die Reederei-Vereinigung, die 30 Millionen RM. in zwei selbstständige Beteiligungen von je 15 Millionen RM. (Hansabank, Reederei-Vereinigung) nebst einer entsprechenden Unterbeteiligung der übrigen Zeichner umzuwandeln und diese Mittel unter Anrechnung auf die bereits gezahlten Beträge schon jetzt als Darlehen zur Verfügung zu stellen, um sie dann in der Generalversammlung der NWK. in Vorzugsaktien umzuwandeln. Dabei sollten die Vorzugsaktionäre nach Ablauf von 10 Jahren einen über das Stammkapital und die Reserven etwa hinausgehenden Verlust gegen Gewährung von Genußscheinen übernehmen

Der Aufsichtsrat der Hansabank beschloß in seiner Sitzung am 15. Juni d. J., den Antrag des Bankenkonsortiums abzulehnen. Im Verfolg dieses sofort fernmündlich nach Berlin übermittelten Beschlusses erklärte das Bankenkonsortium unterstützt von der Reichsbank, ultimativ, daß die Mitwirkung von dem Reiche nahestehenden Stellen bei der Sanierung von einem bremischen Opfer abhängig sei und daß ohne die Heranziehung der Vorzugsaktien eine Sanierung nicht durchgeführt werden könne. **Daraufhin stimmten Hansa-Bank und Reederei-Vereinigung am 19.-20. Juni zu, weil sie glaubten die Verantwortung für ein endgültiges Scheitern der Sanierung vor dem Reich und Bremen nicht tragen zu können.**

Die Mittel sollten durch Ausstellung von Wechseln der Hansabank und Reederei-Vereinigung flüssig gemacht werden, wogegen das Konsortium der 5 Banken sich verpflichtete, die Hansabank und Reederei-Vereinigung 5 Jahre von der Wechselverpflichtung freizuhalten. Am Sonnabend, dem 20. Juni, wurde von der Danatbank, Berlin, mitgeteilt, daß die Wechselzeichnung sofort erfolgen müsse, weil das Reichsbankdirektorium infolge der hohen Anforderungen die Annahme von Akzepten zwecks Diskontierung gesperrt habe und die Wechsel der Hansabank und Reederei-Vereinigung nur noch annehmen werde, wenn sie bis zum nächsten Tage (Sonntag) vorgelegt würden. Ueberdies würden im Falle der Ablehnung unübersehbare Auswirkungen für die gesamte deutsche Finanz- und Wirtschaftslage eintreten. **Daraufhin wurden die Wechsel von der Hansabank und Reederei-Vereinigung gegenseitig ausgestellt und akzeptiert und nach Berlin befördert.**

Von diesen Wechseln wurden ca. 17,2 Millionen RM. diskontiert, der Rest dagegen von den Banken später zurückgegeben, nachdem der Konkurs der Nordwolle eröffnet war. Die Wechsel sind inzwischen auf drei Monate prolongiert, und zwar für 13,6 Millionen RM. Akzepte der Hansabank, für 3,6 Millionen RM. Akzepte der Reedereivereinigung.

Während also die ersten Kredite bis zur Höhe von 2 750 000 Dollar (1. und 2. Zwischengeschäft) durch Sicherheiten gedeckt wurden, ist der weitere Kredit ungesichert geblieben.

Ueber die Verwendung der 17,2 Millionen RM. aus dem Kredit vom 19.-20. Juni 1931 sind Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bremer Hansabank und Bremer Reedereivereinigung einerseits und der Danatbank andererseits entstanden, nachdem sich bei späterer Nachprüfung ergeben hatte, daß die Danatbank einen Betrag von mindestens 10 000 000 RM. zur Entlastung ihres NWK.-Engagements verwendet hatte. Ob dies auch hinsichtlich der Verwendung des restlichen Betrages von 7,2 Millionen RM. zutrifft, ist noch nicht geklärt. Die Reederei-Vereinigung und die Bremer Hansabank sind der Ansicht, daß die sämtlichen Mittel vertragsmäßig nur zu Stützungszwecken für die Nordwolle, keinesfalls dagegen zur Herabminderung der eigenen Forderungen der den Kredit verwaltenden Banken hätten verwendet werden dürfen, während die Danatbank behauptet, daß ihre Dispositionen der vertraglichen Vereinbarung entsprächen. **Hansabank und Reedereivereinigung haben das ganze Geschäft gegenüber der Danatbank angefochten.** Ueber eine Bereinigung dieser Mei-

nungsverschiedenheiten schweben Verhandlungen, gegebenenfalls muß eine gerichtliche Entscheidung stattfinden.

Wenn somit noch nicht feststeht, ob die Hansabank aus diesen Geschäften ein Verlust trifft, so sind jedenfalls die beiden ersten Kredite durch Sicherheiten und Bürgschaft der Danatbank gedeckt.

Bei der Beurteilung der vorstehend geschilderten Maßnahmen hat sich der Ausschuß vergegenwärtigt, daß die Beteiligten nur von dem damaligen, nicht aber von dem heutigen Stand der Dinge ausgehen konnten. Von diesem Standpunkt aus gesehen mußte ihnen der Versuch zur Rettung der NWK. im Interesse Bremens und seines für eine Welthandelsstadt lebenswichtigen Kredites, wie auch im Interesse des Reiches und der gesamten deutschen Wirtschaft geboten erscheinen. Die traurigen Folgen des Scheiterns der angesichts der hohen Verluste unmöglich gewordenen Sanierung beweisen die Richtigkeit dieser Ansicht. Bedenklich war es jedoch, daß man seitens der Hansabank, wenn man schon glaubte, die ursprünglich nur für die Zeichnung von Vorzugsaktien vorgesehenen 15 Millionen RM. vorab bereitstellen zu müssen, nur die ersten Kredite bis zur Höhe von 2 750 000 Dollar gegen Sicherheiten, **den späteren Kredit dagegen ungesichert zur Verfügung stellte.**

Wenn auch das selbstständige Vorgehen der Hansabank rechtlich einwandfrei ist, weil ihre Organe (Vorstand und Aufsichtsrat) im Rahmen der Satzung des Gesellschaftsvertrages gehandelt haben, und wenn auch anzuerkennen ist, daß der Erfolg der Maßnahmen von ihrer Geheimhaltung abhängig war und die entscheidenden Beschlüsse in größter Eile gefaßt werden mußten, so wäre es doch bei dem Einsatz des gesamten, dem Staat gehörigen Aktienkapitals geboten gewesen, **mindestens die Finanzkommission und die stellvertretenden Rechnungsführer an den Entschließungen zu beteiligen oder sie über die beschlossenen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten.**

Guthaben bei Danat und Schröder

Ueber die Guthaben Bremens bei der Danat- und J. F. Schröder-Bank wird im Bericht festgestellt, daß bei der Danatbank am 1. Juli 1931 ein Guthaben von 1,1 Millionen RM. gegenüber dem höchsten Stand am 1. Januar 1929 mit 19,3 Millionen RM. bestanden habe. Das hohe Guthaben bei der Schröder-Bank am 1. Juli 1931 **in Höhe von 25 Mill.** RM., bei welchem sich Steuergelder nicht befinden, erklärt sich nach der Prüfung durch den Ausschuß dadurch, daß infolge der Verhältnisse auf dem Gebiete der Kreditbeschaffung durch die Notwendigkeit der Heireinnahme kurzfristiger Gelder sich die Beziehungen der Finanzverwaltung und der Schröder-Bank besonders eng gestalten. Nach den Erfahrungen von 1928 habe die Sorge, im Falle von Kündigungen der kurzfristigen Gelder in Schwierigkeiten zu geraten, zur Haltung einer gewissen Reserve über den unmittelbaren Bedarf hinaus geführt. Solche Reserve wurde bei der Schröder-Bank besonders deshalb gehalten, weil diese in erheblichem Maße die Gelder dem Senat beschafft und die Schatzanweisungen mit ihrem Giro versehen habe. Als Ende Frühjahr 1931 die Lage der Schröder-Bank ebenso wie die anderer Unternehmungen ernster wurde, habe sich der Inspektor der Staatshauptkasse vergegenwärtigt, daß eine auch nur teilweise Zurückziehung staatlicher Gelder den Zusammenbruch der Bank und eines großen Teils der bremischen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, bedeutete, und daß zur Abwendung dieses Unglücks **sogar neue Gelder der Bank zugeführt werden mußten.** Der Ausschuß kommt zu dem Ergebnis, daß bei einer gerechten Beurteilung der schweren Verluste, die Bremen aus diesem Anlaß getroffen haben, diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden müßten. Doch ist er der Ansicht, daß die seit Jahren politisch und wirtschaftlich unsichere Lage Deutschlands **die übermäßige Einstellung auf ein Bankinstitut nicht ratsam habe erscheinen lassen.** Bei der Zuführung neuer Mittel im Laufe des Jahres 1931 zur Stützung der Schröder-Bank habe es sich aber um eine im Interesse der bremischen Wirtschaft und des bremischen Kredits getroffene staatspolitische Maßnahme gehandelt, die weit über das rein Finanzielle hinausging. **Doch hätte eine solche, sachlich gerechtfertigte Maßnahme die Zustimmung des Senats und der Finanzdeputation bedurft!**

Befugnis zum Abschluß der Geschäfte

Aus dem vorstehenden Bericht geht hervor, daß an den Geschäftsabschlüssen, abgesehen von der Belegung von Geldern bei den Banken, der Vorsitzer und Rechnungsführer der Finanzdeputation und der Inspektor der Staatshauptkasse beteiligt waren, und daß hierbei der Inspektor der Staatshauptkasse im Einvernehmen mit dem Vorsitzer und Rechnungsführer der Finanzdeputation handelte. Bei dem Kredit von 3 000 000 RM. an die NWK. hat jedoch der Rechnungsführer infolge Abwesenheit von Bremen nicht mitgewirkt.

Von der Finanzdeputation ist durch tatsächliche ständige Uebung der umfangreiche Verkehr in Schatzanweisungen, Termin- und Leihgeldern dem Vorsitzer, **dem Rechnungsführer und dem Inspektor der Staatshauptkasse, teilweise auch dem dem Inspektor der Staatshauptkasse allein überlassen.** Unter diesen Schatzanweisungs-, Termin- und Leihgeldverkehr fallen die in diesem Bericht behandelten Belegungen bei der Danatbank, über die als übliche Belegungsmaßnahme nichts besonders zu bemerken ist

Die Mitschuld der SPD.

Hinsichtlich des Erwerbs von Effekten erteilte die Finanzdeputation aus Anlaß eines Angebots für 5 Millionen Dollar unter dem 27. Oktober 1924 der Finanzkommission unter Hinzuziehung des Rechnungsführers die Ermächtigung, **„Gelder auszuleihen und evtl. auch Aktien zu übernehmen, namentlich soweit hiermit der Bremer Wirtschaft genützt und die Interessen des Staates gefördert werden könnten“.** Die einzelnen Aktienkäufe wurden durch den Vorsitzer, Rechnungsführer und Inspektor der Staatshauptkasse getätigt, jedoch haben auch die übrigen Mitglieder der Finanzkommission durch die regelmäßig monatlich umlaufenden Aufstellungen Kenntnis **vom jeweiligen Gesamtstand der Effekten und damit von der Bewegung auf dem Effektenkonto erhalten.** Da von den Mitgliedern der Finanzkommission Bedenken nicht erhoben wurden, durfte ihr Einverständnis mit dem geübten Verfahren angenommen werden. (Hiermit ist die Mitschuld der SPD. klar erwiesen.)

Aus der Zusammenstellung ergibt sich ferner, daß die Finanzdeputation ihre Befugnis, „kurz- und langfristige Kredite aufzunehmen und an solvente Firmen gegen Stellung ausreichender Sicherheiten zu höherem Zinssatz weiterzugeben“, delegiert hat. Dabei berücksichtigen die späteren Ermächtigungen nicht immer die frühere Regelung, so daß sich ein **etwas unklares Bild der Gesamtregelung ergibt.**

Abgesehen von diesen vorstehend erörterten Fällen sind die übrigen im Bericht behandelten **in die hunderte von Millionen gehenden Geschäfte der bremischen Finanzverwaltung** von den dafür zuständigen Stellen im Rahmen der gegebenen Befugnisse beschlossen und durchgeführt worden.

Die beanstandeten Vorgänge geben dem Ausschuß Anlaß, darauf hinzuweisen, **daß die Finanzdeputation eine schriftliche Abgrenzung der Befugnisse der Deputation, der Finanzkommission, des Vorsitzers, des Rechnungsführers, des Inspektors und des Direktors der Staatshauptkasse vornehmen und ferner prüfen sollte, in welcher Weise sie in Zukunft die ihr nach Ziffer 3 des Paragr. 62 der Verfassung obliegende Aufsicht über den Schuldendienst des Staates wahrnehmen will.**

Ergebnis der Prüfung

Wie es die Regierungsparteien sehen

Wenn man die Entwicklung der bremischen Staatsfinanzen und die Tendenz und Bedeutung der staatlichen Finanzgeschäfte in der Zeit nach dem Kriege und insbesondere seit Beendigung der deutschen Währungskrise sowie die sich daraus ergebende jetzige finanzielle Lage des Staates beurteilen will, so wird man sich vergegenwärtigen müssen, daß die Geschichte den Hansestädten die Aufgabe zugewiesen hat, den deutschen Ueberseehandel und die deutsche Seeschiffahrt durch Vorhaltung leistungsfähiger Häfen zu fördern. Seit Jahrhunderten hat Bremen seine Kräfte für dieses eine Ziel eingesetzt und zur Ueberwindung mancher ungünstiger Naturgewalten schwere Opfer gebracht. Bremen war von jeher mit der Wirtschaft eng verbunden, weil es nur so Sinn und Zweck seines eigenstaatlichen Daseins erfüllen konnte.

Nach dem Verlust der deutschen Handelsflotte und nach der Beschlagnahme des Vermögens deutscher Kaufleute im Auslande verbanden sich Staat und Wirtschaft unter dem Druck der Verhältnisse zu noch engerer Zusammenarbeit, um gemeinsam Hindernisse aus dem Wege zu räumen, zerrissene Verbindungen mit der Welt wieder aufzunehmen und das verlorene Feld wiederzugewinnen. Große Aufgaben harrten der Lösung. Strom und Häfen genügten nicht mehr der wachsenden Größe der Schiffskörper. Um dem scharfen Wettbewerb ausländischer Häfen gewachsen zu sein, mußte die Ausrüstung ergänzt und verbessert werden. Als weitere Folge des Krieges machte sich namentlich eine steigende Wohnungsnot bemerkbar, die ein Eingreifen des Staates verlangte, wenn nicht weite minderbemittelte Kreise dem Elend preisgegeben werden sollten.

Die Erfüllung dieser Aufgaben war nur im Wege der Kreditbeschaffung möglich. So standen Senat, Bürgerschaft und Finanzdeputation vor der Wahl, ob ein der aufsteigenden Entwicklung der bremischen Schiffahrt folgender Hafenbau eingestellt und die aus sozialen Gründen gebotene Förderung des Wohnungsbaues aufgegeben werden sollte, oder ob man das Risiko der kurzfristigen Verschuldung bis zum Abschluß einer langfristigen Anleihe in Kauf nehmen wollte. Senat, Bürgerschaft und Finanzdeputation haben sich im Vertrauen auf eine allmähliche Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Welt für den zweiten Weg entschieden.

Die Weltkrise hat das der Wechselwirkung von Binnen- und Weltwirtschaft besonders ausgesetzte Bremen schwer getroffen und droht den unter Einsatz aller Kräfte begonnenen Wiederaufbau zu gefährden. Aber so schwer namentlich die durch den Zusammenbruch der J. F. Schröder-Bank erlittenen Verluste wiegen, so zeigt das Ergebnis der Untersuchung des Ausschusses, daß die Finanzlage Bremens im Kern gesund ist.

Zwar weist die Gegenüberstellung der realisierbaren, durch öffentliche Zwecke nicht gebundenen Werte und der Staatsschulden unter Berücksichtigung des Schröder-Bank-Verlustes nunmehr einen Unterschuß von rd. 3 Millionen RM. gegenüber einem Ueberschuß von rd. 2,5 Millionen RM. am 1. April 1912 und einem Unterschuß von rd. 1 Million RM. am 1. April 1908 auf. Dabei ist jedoch die Forderung Bremens gegen das Reich aus § 6 des Vertrages, betreffend den Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich und aus Artikel 3 des Vertrages zwischen dem Reich, Bremen und der Reichsbahn vom 30. Juni 1930 in einer Höhe von 10 bis 15 Millionen nicht berücksichtigt. Vor allem aber sind im Gegensatz zu den Aufstellungen über die werbenden Anlagen am 1. April 1908 und 1912 die gesamten Häfen außer Ansatz geblieben. Allein seit der Stabilisierung der Währung wurden rd. 100 Millionen RM. in die Häfen investiert, ganz abgesehen von den vor 1914 aufgewandten Mitteln, durch die zu einem erheblichen Teil noch heute vollwertige Anlagen geschaffen wurden. Zu erinnern ist ferner daran, daß ein Teil der im Hafenbereich befindlichen Anlagen, wie Getreideanlage, Kalianlage, eine Anzahl von Schuppen und Grundstücken, auch vom Standpunkt der Privatwirtschaft aus mit einem Wert von vielen Millionen Reichsmark eingesetzt werden könnte. Diese Hafenwerte bilden das Rückgrat der bremischen Wirtschaft, deren Bestand und Fortentwicklung ohne sie undenkbar ist. Auf dieser soliden und gesunden Grundlage beruht die bremische Steuerkraft, die letzten Endes entscheidend für Bremens Kreditwürdigkeit ist.

So schwer die finanziellen Sorgen in einer Zeit erschreckender Steuerrückgänge sind, so wird Bremen die Schwierigkeiten überwinden, wenn es aus den beanstandeten Vorgängen die Lehre zieht, daß ein Staatswesen auch bei engster Verbundenheit mit der Wirtschaft die Grenze staatlicher Aufgaben nicht überschreiten darf.

(Datum und Unterschriften)

Neger-Revue

Skizze von Werner Bartels.

Das mußte wohl das Ende sein. Denn tiefer konnte Karl Horstmann nicht sinken.

Es kostete ihn Anstrengung, ließ er seine Laufbahn in Gedanken an sich vorübergehen. Erst schien ihm die Welt weit offen zu stehen. Das war, als er vom Gymnasium kam und Student werden wollte. Da träumte er von Erfolgen, von großen Taten, die er vollbringen würde. Er glaubte, jeden an sein Herz drücken zu müssen: „Ach, die Welt ist so schön!“

So war er empfänglich für alles Schöne, was ihm in den Weg kam. Auch für Mädchenreize. Auf dem Abschiedsball der Absolvia lernte er Doris Andert kennen. Er tanzte einmal mit ihr. Er holte sie immer wieder. Während des Tanzens schwärmte er ihr von seinen großen Plänen vor. Wie er arbeiten wollte, wie herrlich es dann sein müßte, eine Frau zu haben, die ihm Liebe und Kameradschaft zugleich geben könnte, die mitschaffen würde an seinem Werke, unermüdlich wie er. Er war eben noch recht jung.

In seinem Eifer hatte Karl Horstmann nichts davon gemerkt, daß Doris Anderts Interesse geringer wurde. Er sah auch nicht, daß ihr Blick an ihm vorüber ging und gleichgültig war. Er kam erst zur Besinnung, als er sie erneut zum Tanz bat und sie ihm schnippisch sagte: „Ich bedauere, Herr Horstmann, ich möchte einen so großen Mann wie Sie nicht durch Tanzen ablenken!“ Er sagte kein Wort und ging nach Hause.

Vielleicht war diese schnippische Bemerkung der Anfang zu seinem Pech gewesen. Wahrscheinlich sogar. Denn er empfand plötzlich nicht mehr den Tatendrang, der ihn noch kurz vorher beseelt hatte. Er kam sich lächerlich vor, wenn er arbeiten wollte. So tat er nichts, und nach ein paar Jahren war er derartig verbummelt, daß seine Familie sich von ihm lossagte. Nun versuchte er, sich als Reisender über Wasser zu halten, doch er warf die Flinte bald ins Korn. Dann half er eine Zeitlang bei Kanalarbeiten. Bald darauf ging er als ungelernter Arbeiter stempeln.

Und dann kam die niedrigste Stufe: Durch Zufall traf er einen Theateragenten, der einer Negerrevue Ersatz für einen ausgeschiedenen schwarzen Tänzer beschaffen sollte. Dem Mann fiel die schlanke Figur und das ein wenig Schauspielerhafte im Wesen des verbummelten Genies auf, und ein paar Tage später tanzte Karl Horstmann als Mulatte mit geschminktem Gesicht und geschminkten Händen in der großen Niggerrevue.

Der Hunger war seine einzige Entschuldigung vor sich selbst. Denn er schämte sich. Die Täuschung der Zuschauer bereitete ihm freilich keinen Kummer. Aber er schämte sich, weil er seine weiße Haut verleugnete, weil er sich mitschuldig machte an der Würdelosigkeit dieser Menschen, die halbnackten Negerinnen und in Fräcke gesteckten Niggern ohrenbetäubenden Beifall spendeten. Er glaubte das Lächeln, das auf den Lippen aller Schwarzen stand und vielleicht mit zur Darbietung gehörte, als einziger unter allen Weißen richtig deuten zu können: „Die entarteten Menschen dort vor uns sind die Nachkommen jener Weißen, die von unseren Eltern, unseren Großeltern noch für Götter gehalten wurden!“

Er hätte am liebsten dieses Affenkostüm, diesen roten Frack mit den weißen Hosen, mitten auf der Bühne von sich geworfen. Doch er wußte, daß er nicht mehr den Mut besaß, Arbeitsloser zu sein. Er war schon zu tief gesunken.

Eines Tages trat er mit der Truppe in einem Kabarett auf, das sich das beste der großen Stadt nannte. Doch weil die Vorstellung auf der Bühne allein nicht mehr zog, so sollten die Neger allen Damen zur Verfügung stehen, die mit ihnen zu tanzen wünschten.

Die Ankündigung war wirkungsvoll. Das Kabarett machte gute Geschäfte. Die männliche Jugend führte ihre Damen jetzt lieber hierher als früher, denn sie brauchte sich nicht mehr der Mühe zu unterziehen; mit ihnen zu tanzen. Dafür waren ja jetzt die Neger da, und sie schienen zweifellos für die Tänzerinnen von größerem Interesse zu sein als die müden Gigolos und Portokassenjünglinge.

Es gab auch ältere Mädchen, dreißig- und vierzigjährige, die allein kamen. Mit einem von ihnen mußte eines Abends auch der Pseudoneger Karl Horstmann tanzen. Er machte gleichgültig die eingelernte Verbeugung, die afrikanisch anmuten sollte, und trat mit seiner Tänzerin an. Er war froh, als die Musik wieder aussetzte. Er wußte nicht, was ihn von dieser Frau so abstieß.

Er entdeckte sich ihr nicht. Er tanzte weiter mit ihr, wie es ihm eingepaukt worden war. Er wußte nicht, was er sonst tun sollte. Irgendwie sehnte er sich danach, Rache zu nehmen.

Da fragte sie ihn plötzlich: „Ist es wahr, daß Neger besser küssen können als Weiße?“

Die Frage gab seiner Rache bewußte Richtung. „Beest!“ sagte er laut daß es alle um ihn hörten. „Beest!“ Er stieß die Frau von sich, daß sie zu Boden fiel. Er riß sich, während alle ihn anstarrten, den Frack, das Hemd vom Leibe und zeigte ihnen seine weißen Schultern: „Ein Weißer ist zu gut für Euch würdeloses Volk . . .“

Er wollte ihnen noch mehr ins Gesicht schreien, ihnen seine ganze Verachtung sagen. Doch er kam nicht dazu. Denn seine schwarzen Mittänzer fielen über ihn her und zerrten ihn aus dem Saal. —

Er wurde angezeigt. Doch es gab keine Möglichkeit, gegen ihn vorzugehen. So mußte man ihn laufen lassen. Er stieg wieder zum Erwerbslosen auf, der zum Stempeln ging.

Die Negerrevue flog auf.

Anscheinend bedarf es oft nur einer drastischen Geste, um das Gewissen der Allgemeinheit aufzurütteln. Man hatte plötzlich genug von der Negerrevue.

Sowjetrussischer Gottlosenmob

Am Ostersonnabend 1930 weilte ich, von Nischni-Nowgorod aus, besuchsweise bei einem russischen Freund von mir in der Vorstadt von Moskau, Stscherkisowo, bei Alexeu Sugurbitsch, Ulitza Togolewskaja Haus Nr. 27. Da hatte ich Gelegenheit, die Demonstrationen für und gegen die Kirche zu sehen. Die Gottlosen-Demonstration sah ich in Moskau am Tage. Man führte Gott in Gestalt einer überlebensgroßen Pappfigur mit, zog Arme und Beine an Bindfäden auf und nieder und hatte dem Herrgott eine ganz abscheuliche Fratze verliehen. Es war Gott als eine der erbärmlichsten Jammergestalten dargestellt. Nicht nur in den Demonstrationszügen hatte man Gott als die größte Jammergestalt versinnbildlicht, sondern auch vor den Schaufenstern der Sowjetstaats-Verkaufsstellen aufgepflanzt und in allen Tageszeitungen über die ganze Titelseite hinweg zur Abbildung gebracht. Diese Demonstranten der Gottlosen-Demonstrationszüge ergötzten sich unter einem unbeschreiblichen Lachen, Gejohle und Geheule, daß es den Eindruck machte, das sind keine Menschen mehr, sondern — Viehe.

* Abends aber begann die Gegendemonstration der Gläubigen. Diese machte auf mich einen gewaltigen Eindruck. Sie erfüllte mich nicht mit Abscheu, sondern sie hat mich wirklich ergötzt und sehr erfreut, zumal sie in aller Heimlichkeit nach und nach begann. Die wenigen Kirchen, die man den Gläubigen noch gelassen hatte, füllten sich bis nachts 12 Uhr nicht nur völlig, sondern Tausende und Abertausende von gläubigen Menschen umstanden die Kirche und anschließenden Straßen. Mit dem Schlag 12 Uhr begannen dann von jeder Kirche alle 12 Glocken zu läuten. In und außerhalb der Kirchen sang man herrliche Choräle. Gleichzeitig begann ein Feuerwerk vor allen Kirchen, das weithin sichtbar war. Das war ein herrlicher Anblick gegenüber der Demonstration des Gottlosengesindels. Bis früh 7 Uhr sang und betete die Menge der Gläubigen in und um die Kirchen herum.

In Nischni-Nowgorod sah ich, wie man auf 40 Schlitten die Kirchenglocken der weggerissenen Kirchen durch alle Straßen der Stadt fuhr. Die Schlitten und Pferde waren alle mit roten Papierblumen geschmückt. Das auf den Trottoiren spalierbildende Publikum äußerte aber keine Freude darüber, wie es sich die Behörden einbildeten, die diese Glockendemonstration vor der Einschmelzung der Glocken veranstaltet hatten. Im Gegenteil, traurig, mit Tränen in den Augen, ohnmächtig gegen diese von ihrer verruchten gottlosen Regierung veranstaltete Glockendemonstration, standen die Menschen auf den Straßen von Nischni-Nowgorod. Man kann wirklich sagen: „Irret euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten!“

Die kolossale Vermehrung der Krähen und Dohlen in ganz Sowjetrußland zeigt schon allein, wohin offensichtlich die Fuhre mit dem russischen kommunistischen Gottlosengesindel geht. Schon die Krähen schreien es ununterbrochen aus den Höhen herab auf das Gottlosengesindel. **Ins „Grab“, ins „Grab“ mit euch,** soll das sicher heißen, so und nicht anders habe ich mir dies gedacht, wenn ich diese, nach Abertausenden von Krähen zählenden Schwärme täglich beobachte. Gott erfreut das russische Volk nicht mit dem schönen Vogelgesang wie bei uns, sondern nur mit dem Gekrächze der Krähen, die da ununterbrochen schreien „Ins Grab, ins Grab, ins Grab mit euch gottlosem Gesindel!“ Diese Krähen haben in Rußland dank der Schweinerei, wie ich sie schon geschildert habe, Futter genug.

Renten der Standesherren

Hier wäre eine Notverordnung angebracht.

Die Standesherren sind die Bezieher der sichersten Einkommen in Deutschland. Wenn auch ihre Rechte nicht als „wohlerworbene Rechte“ in der Reichsverfassung ausdrücklich gesichert worden sind, so wagt doch keine Notverordnung, diese Ansprüche anzutasten. Neben den oft sehr hohen Einkünften aus eigenem Vermögen erhalten aus den Geldern der Steuerzahler immer noch jährlich u. a. an Renten:

Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen	612 000.—
Friedrich Karl, Prinz von Hessen	96 000.—
Chlodwig, Landgraf von Hessen, Philippsthal	150 000.—
Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181 013.28
Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 450.—
Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000.—
Herzog von Arenberg	51 291.68
Fürst zu Salm-Salm	58 170.—
Fürst zu Salm-Horstmar	60 000.—
Herzog von Croy	18 000.—
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 216.30
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 500.—
Fürst zu Wied	46 511.64
Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich	7 667.80
Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 306.02
Die Nachkommen der Gräfin Reichenbach	38 812.80

Es wird höchste Zeit, daß diese gewaltigen Zahlen einer Revision unterzogen werden. „Adel verpflichtet.“ Daher sollen diese Standesherren in erster Linie opfern, wo das ganze Volk darbt. Oder wagt man nicht, diesen Herren mit einer Notverordnung zu nahe zu treten?

Welches Gehalt bezog der Jude Goldschmidt?

erhielten, wenigstens bis 1929, die Vorstandsmitglieder des stützungsbedürftigen Karstadtkonzerns neben Gehältern von 30 000 bis 120 000 Mark eine Tantieme von 30 v. H. des Reingewinnes; das sind bei einem durchschnittlich, wozu die Großaktionäre noch ihre Dividende erhielten.

In einem „Das Gebot der Stunde“ überschriebenen Aufsatz schrieb Regierungsrat Rudolf Martin u. a. folgendes:

„Die fünf Geschäftsinhaber der Danatbank, Jakob Goldschmidt, Dr. K. Beheim-Schwarzbach, S. Bodenheimer, Dr. A. Rosin in Berlin und Generalkonsul Dr. jur. A. Strube in Bremen bezogen neben einem festen Gehalt, das geheim gehalten wird, eine gemeinsame Tantieme von 20 Prozent des Betrages vom Reingewinn der Danatbank. Diese 20 Prozent eines Teiles des Reingewinns betrugen im Jahre 1928 nicht weniger als 2,68 Millionen Mark. Durchschnittlich erhielt also jeder der fünf persönlich haftenden Gesellschafter oder Geschäftsinhaber im Jahre 1928 neben seinem festen Gehalt von vielleicht durchschnittlich 100 000 Mark noch eine Tantieme von mehr als 536 000 Mark.“

84 Millionen Paar Schuhe unter der Peitsche

In den russischen Zeitungen finden sich bittere Anklagen gegen die Betriebe des „Sojuskosch“-Trusts, der die Schuhversorgungen durchzuführen hat. Bei Anspannung aller Kräfte lieferte der Trust in der ersten Hälfte des letzten Wirtschaftsjahres 33 Millionen 942 Tausend Paar Schuhe. Er müßte also, wenn er sein Jahresprogramm erfüllen will, im zweiten Halbjahr mehr als 50 Millionen Paar herstellen. Das leistet weder die Maschinen noch die Menschen. Deshalb setzt der öffentliche Anpeitscherbetrieb ein, und die Arbeiter der Betriebe dieses Trusts werden eines Tages über ihren Arbeitsstätten wohl die berüchtigten Schildkröten angeheftet finden. So etwas wird in Rußland gefürchtet, weil es Anlaß zum Hänseln gibt. So etwas sollte einmal ein ebenso „witzig“ veranlagter Fabrikunternehmer in irgend einem kapitalistischen Staate versuchen! Vermutlich würde ihm die Fabrik demoliert und die russischen Zeitungen würden Schauermärchen von dem Uebermut des Kapitalismus loslassen. Die Peitsche gegen die Arbeitnehmerschaft, die nicht bis zum letzten Schweißtropfen schafft und rackert, ist anscheinend nur in Rußland erlaubt. Und nicht nur erlaubt, sondern es fällt überhaupt nicht mehr auf, wenn diese Peitsche über den Köpfen aller Werktätigen geschwungen wird.

Das deutsche Wesen

Gedanken zur Selbsterkenntnis

von Wilhelm v. Schramm

Das deutsche Wesen ist schwer zu fassen und voll scheinbaren Widerspruchs, bis heute hat es sich nur in einzelnen, nie im Ganzen vollenden können. In jeder Zeit und in jedem Großen prägt es sich anders aus.

*

Es gibt keinen deutschen Typus, wie es einen französischen, englischen, russischen gibt. Wir sind ein Volk der Einzelgänger und Originale — ein tragisch unpolitisches Volk.

*

Aber die deutsche Seele ist stärker und unruhiger als die der anderen Völker; deshalb braucht sie mehr Spielraum, Freiheit und Zeit zu ihrer Entfaltung — und wohl auch Leiden, um sich vollenden zu können.

*

Jeder Deutsche braucht eigene, eigentümliche Formen. Er kann sie nicht übernehmen, er muß sie immer wieder von neuem schaffen. Das Leben in Deutschland ist darum schwerer als anderswo.

*

Wenn ein deutscher Künstler und Dichter zur wahren Form, d. h. zur Selbstvollendung gelangt, so ist es immer wieder etwas Eigentümliches, Unnachahmliches. Was künstlerische Tradition bei anderen Völkern heißt, das ist in Deutschland meist nur Epigonentum.

*

Alle fremde Form, aller Stil des Auslandes übt auf den Deutschen einen eigentümlichen Zauber aus. Er hält für Vollendung, was nur Uebereinkommen ist.

*

Der Deutsche ist immer vom Chaos bedroht. So sucht er sich durch Genauigkeit vor der Verwirrung zu schützen und wird darüber leicht zum Pedanten.

*

Die Deutschen hassen den Zwang, wenn er äußerlich ist; immer wieder suchen sie ihn zu durchbrechen. Deshalb sind sie auch keine Gesellschaftsmenschen. Einem wahrhaft Großen aber zu folgen und nachzustreben, ist ihnen die größte Lust.

*

Irgendwie lebt jeder Deutsche in einer Märchenwelt. Das heißt: unser Volk ist immer noch jung und hat wohl noch ein längeres Leben vor sich als die Völker, bei denen schon alles Berechnung und Stil geworden ist.

*

Mit einem bloßen Staat wird der wahre Deutsche niemals zufrieden sein — er wünscht sich ein heiliges Reich — ein irdisches Gottesreich bis auf den heutigen Tag.

Prinz Isai

Morgenländische Skizze von Paul Rinke.

Der alte Sultan Achmed Hussein legte ein Festgewand an und ließ sich in der Staatssänfte zum Kai tragen. Hier war ein Zelt aus Purpurstoffen mit Goldstickerei errichtet. Teppiche deckten die kahlen Steinquadern des Hafens. Im Zelte saßen die hohen Würden des Reiches, und viel Volk stand umher. Heute war der Tag, an dem Prinz Isai den Achmed Hussein, der Sohn und Erbe des Sultans zurückkehren sollte. Zehn Jahre war er außer Landes gewesen. Er hatte auf den hohen Schulen studiert, damit er dereinst das Land seiner Väter weise regiere.

— Der Sultan schritt seinem Sohne entgegen und schloß ihn in die Arme: „Sei willkommen, mein Sohn, im Land Deiner Väter.“

Hab Dank, mein Vater, für den festlichen Empfang, den Du mir bereitet“, sagte Prinz Isai. „Womit habe ich ihn verdient?“

„Es ist die Freude, denn lange warst Du fort.“

„Ja, ich war lange fort. Ich weilte in allen Hauptstädten des Abendlandes. Ich besuchte die hohen Schulen aller Länder, saß zu den Füßen der weisesten Männer und hörte aus ihrem Munde die Worte der Klugheit und Gerechtigkeit. Ich lernte alle Gesetze, denn nicht eher wollte ich zurückkehren, als bis ich sie alle kenne. Und, mächtigster Vater, ihrer sind so viele, daß der größte Saal Deines Palastes die Fülle der Bücher nicht fassen kann, darin sie aufgezeichnet sind. Gib mir, Vater, zehn Schreiber und zwanzig Abschreiber. Nach meiner Weisung sollen sie die Gesetze niederlegen, damit unser Volk danach regiert werde und glücklich sei.“ So sprach Prinz Isai und sein Auge blitzte vor edlem Stolz.

„Es geschehe, wie Du wünschest“, sagte der Sultan. „Aber sprich, wenn es dort so viele Gesetze gibt, voll kluger, erhabener Weisheit, so leben die Völker des Abendlandes wohl in Glück und Frieden? Sie haben dort keine oder doch nur wenige Gefängnisse? Diese stehen leer und die Richter gehen müßig, da keine Sünden geschehen?“

Da senke Prinz Isai die Stirn und seine Augen suchten den Boden.

„Nein, Vater, das Volk ist dort nicht glücklich. Die Reichen leben im Ueberfluß und die Armen hungern. Es gibt dort viele Zuchthäuser und Gefängnisse und alle sind überfüllt. Auch die kleinsten Städte haben Gerichte, und die Richter sitzen oft bis in die Nacht, die Schuldigen zu bestrafen.“

„Also taugen ihre Gesetze nichts“, sagte der Sultan. „Nicht die Anzahl ist maßgebend, sondern der Geist, in dem sie erlassen sind. Das merke Dir, mein Sohn: **Je mehr Gesetze ein Volk erhält, desto schlechter wird es regiert.**“

Da schwieg der Prinz, denn er erkannte, daß er nichts gelernt hatte.

Büchertisch

Es kommt der Tag. Ein Roman von der Befreiung Deutschlands von Günther von Trutzberg. Umfang 288 Seiten, holzfrei, elegante Ausstattung. Broschiert RM. 4.—, Ganzleinen RM. 5.50. (Verlag Otto Janke, Leipzig).

Eine geniale politische Utopie von gewaltigem Format, die ungeheures Aufsehen erregen wird. Günther von Trutzberg schildert das Schicksal unseres Volkes, so, wie es sich nicht in letzter Stunde auf sich selbst besinnt, wenn die Tributmächte nicht bald das Wahnwitzige ihrer Revanchepläne einsehen. Die unheilvolle Saat der französischen Machtpolitiker geht auf, Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien und Jugoslawien besetzen drei Viertel Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns; Berlin wird durch einen polnischen Fliegerangriff vergast und fast völlig vernichtet. Brand, Raub, Mord und Greueltaten herrschen überall. Zu Boden geschmettert, aller Macht vollkommen beraubt, findet Deutschland dennoch Männer, die an den Untergang der Heimat nicht glauben wollen und unter schwersten Opfern im Geheimen den Wiederaufbau des Deutschen Reiches vorbereiten. Durch die gewaltigste technische Erfindung, die je gemacht wurde, gelingt es ihnen schließlich, die Heimat nicht nur von den feindlichen Truppen zu befreien, sondern auch Deutschland wieder zur alten Größe und Macht erstehen zu lassen. Von der Adria bis zur Ost- und Nordsee reicht fortan das geeinigte Deutschland, und in einem machtvollen Freiheitshymnus klingt dieses ergreifende Werk aus.

Prof. Dr. Walter Scheidt: Kulturkunde. (Rassenbiologie und Kulturpolitik 2.) Nr. 7160. Geheftet 40 Pfg., gebunden 80 Pfg. — Dieses Werk stellt die Fortsetzung der in kurzer Zeit durch Reclams Universal-Bibliothek weit verbreiteten „Rassenkunde“ des bekannten Hamburger Forschers dar und erläutert in gemeinverständlicher Weise einen neuen, biologisch begründeten Kulturbegriff. Auf solider erkenntniskritischer Grundlage entwickelt der Verfasser ein umfassendes klares Bild und Programm, das überall in das lebendige Leben des Tages einmündet. „Leben“ ist folgerichtig als Anpassung aufgefaßt, deren Gesetze für alle seine Erscheinungen, auch für das überindividuelle Gebiet der Kultur gelten. Daraus ergibt sich eine Fülle von wertvollen neuen Erkenntnissen und Forderungen. Als originales Denkwerk eines anerkannten Forschers, in dem sich alle Einzelheiten um einen sicheren Kern zusammenschließen, bildet das Buch die Grundlage der Geschichte und Kulturpolitik der Zukunft. Es ist „die“ Rassen- und Kulturbiologie für jeden ernsthaft interessierten Laien, die in dem Chaos der Begriffe und Schlagworte Klarheit und sichere Aktionsgrundlagen schafft. Ein drittes Bändchen „Kulturpolitik“ wird folgen.

Revolution über Deutschland von E. O. Volkmann. 31.—40. Tausend. Broschiert RM. 5.—, Ganzleinen RM. 6.50. Die Geschichte spricht, nicht der Verfasser. Und hier sind nicht nur die äußeren Geschehnisse, die uns einst betäubten, übersichtlich aneinandergereiht, sondern viele Schleier, die darüber lagerten, sind gelüftet. Das Buch enthält überraschend viel Neues über die Zusammenhänge. Das konnte nur ein Verfasser enthüllen, dem allererste Quellen zur Verfügung standen. Volkmann tritt mit seiner persönlichen Auffassung ganz zurück, läßt sie nur zwischen den Zeilen durchschimmern. Sein großes schriftstellerisches Verdienst ist es, aus einem historischen Quellenwerk einen fesselnden Geschichtsroman gemacht zu haben. Wir sehen die Männer der Revolution und die Männer der Armee lebendig vor uns, wir belauschen ihre geheimsten Gespräche; und wenn die direkte Form auch nur ein Kunstmittel sein kann, um die Plastik der Darstellung zu erhöhen, so wissen wir doch genau, daß dem Sinn nach alles so geredet wurde und so geschah. Um von solch einem Buch mitgerissen zu werden, muß man natürlich an dem Schicksal Deutschlands innerlich Anteil haben. Der Verfasser läßt nur die Wucht der Tatsachen reden. Ein politisches Lehrbuch ersten Ranges ist diese Geschichte der Revolution.